

Die „Volkswacht“
erfreut wöchentlich 8 Mal
und ist durch die
Expedition, neue Gruppenstr. 6/8,
und durch Kassenvereine zu bestreben,
preis vierstelliglich Mfz. 2,50.
pro Woche 20 Mfz.
durch die Post bezogen Mfz. 2,50,
frei ins Haus Mfz. 2,90,
so keine Post am Ort. Mfz. 3,34.

Telephon
Redaktion 3141.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Zulassungsgesuch
für ein einziges Colonellehen
oder deren Kosten 30 Mfz.
Doppelzellehen unter Tz. 1 Mfz.
Unterste für Arbeitsmarkt 15 Mfz.
Ausländer 25 Mfz.
Bereinigungskommission-Mitglieder
15 Mfz.
Unterste für die nächste Nummer
müssen bis Vormittag 9 Uhr in den
Vertriebenen abgetragen werden.

Organ für die werkfähige Bevölkerung.

Telephon
Expedition 1206.

Nr. 73.

Wieder 111!

Liebert geworfen! Ein unerwarteter Sieg!

Borna, 26. März. Bei der heute vollzogenen Reichstags-Stichwahl im Wahlkreis Borna-Pegau (14. Sachsen) erhielten von Liebert (Reichspartei) 12 731 und Ryssel (Sozialdem.) 14 821 Stimmen. Ryssel ist somit gewählt.

Armer Reichsverbandsgeneral! Es war so schön gewesen, aber er muß die Führer des Reichstags von draußen machen, selbst ein erheblicher Teil der bürgerlichen Wähler, wohl hauptsächlich Fortschritts, fanden ihn nicht mehr für geeignet, als Vertrauensmann des Volkes in das Parlament einzurücken. Bei der Hauptwahl hatte der Sozialdemokrat Ryssel 12 077, Liebert 8 692 und der nationalliberale Ryschle 6 512 erhalten. Es sind also etwa 2 200 der für den Nationalliberalen abgegebenen Stimmen auf den Sozialdemokraten übergegangen und 4 100 auf den Reichsparteier Liebert, während der Rest der Stimmzettel — 196 — weiß abgegeben wurde. Mit der Verschiebung nach rechts war es also diesmal nicht weit her, denn im Jahre 1912 hatte Herr Liebert seine Stimmen zwischen Haupt- und Stichwahl um fast 7000 vermehren können. Dicemal fehlt ihm dazu mehr, als er in der Hauptwahl gewonnen. Die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen im Kreise ist so hoch wie nie zuvor. Wir erlebten:

1907 . .	10 403 Stimmen
Stichwahl .	12 689
1912 . .	11 566
Stichwahl .	12 058
1914 . .	12 077
Stichwahl .	14 821

Das ist der Rückgang der Sozialdemokratie, von dem naive Gegner schwärmen! Die Genossen von Borna-Pegau haben der roten Woche einen kräftigen Nachhall gegeben und die Fortschritts haben gezeigt, daß sie die Zeichen der Zeit verstehen.

Nun aber weiter! Immer feste drauf! Gestern wurde wieder ein solcher Mann von der Rechten, der konservative Abgeordnete Hoesch, der sein Mandat zu unrecht ausübte, an die Lüft gesetzt. Es gilt also, das Werk fortzusetzen.

Der Friedensvertrag.

Ende des Kampfes zwischen Kassen und Ärzten.

Mit den Einigungsverhandlungen, welche zwischen den alten Breslauer Ärzten und den Krankenkassenverbänden stattgefunden haben, beschäftigte sich am Mittwoch eine Sitzung der Vorstände des 1. Krankenkassenverbandes, der befannisch 22 Kassen mit mehr als 100 000 Mitgliedern umfaßt. Am Donnerstag abend nahmen dazu die Ärzte die Stellung und beide Korporationen haben dann nachstehenden Friedensantrag — wenn auch nicht ohne Widerstreben gegen manche seiner Bestimmungen — angenommen. Die Verhandlungen, welche in den letzten vierzehn Tagen stattfanden, und welche sich oft bis in die frühen Morgenstunden erstreckten, wurden von beiden Seiten durchaus ruhig und sachlich geführt. Zu bemerken ist allerdings, daß Herr Dr. Wagner an diesen letzten Verhandlungen nicht teilgenommen hat. Sie wurden von dem Direktor des Oberversicherungsamtes, Herrn Oberregierungsrat Dr. Wagner unter Zugabe des Herrn Magistratsassessor Dr. Görlitz in der objektivsten und unparteiischen Weise geleitet. Beide Herren waren unermüdlich tätig, den Frieden herbeizuführen und ist besonders Herr Magistratsassessor Görlitz ein großes Verdienst an der Einigung zu zuerkennen.

Der Vertrag lautet:

Zwischen dem Ersten Krankenkassen-Verband zu Breslau und Herrn Dr. zu Breslau wird folgender Vertrag geschlossen:

Die Behandlung

S. 1. Herr Dr. übernimmt für die Zeit vom 1. Januar 1914 an die ärztliche Behandlung aller erkrankten Mitglieder der Krankenkassen des Ersten Verbandes der Orts- und Betriebskrankenkassen zu Breslau und deren Familienangehörigen, soweit Familienhilfe von der einzelnen Kasse gewährt wird. Das Recht auf kassenärztliche Behandlung ist nachzuweisen. In dringenden Fällen, in denen der Ausweis hierüber nicht gleich vorliegt werden kann, ist er spätestens am nächsten Werktag nach der Inanspruchnahme des Arztes nachzuholen, sonst ist der Arzt berechtigt, wenn und solange der Ausweis nicht beigebracht wird, von dem Kassenarzt oder seinem Unterhonorärschaftlichen für die Behandlung das ortsübliche Honorar unter Berücksichtigung der Verhältnisse des Einzelfalles zu fordern.

Bei neuen Krankheitsfällen ist ein Ausweis (Krankenbescheinigung) von neuem abzugeben, dagegen bei der Fortsetzung der Krankheit über den Vierteljahrsschluß hinaus, sofern sich noch ärztliche Behandlung als nötig erweist.

S. 2. Den Kassenmitgliedern und deren Familienangehörigen, die Anspruch auf Familienhilfe haben, steht in jedem Falle die Wahl unter den zugelassenen Kassenärzten frei. Sie dürfen in dieser Wahl durch die Kassenvorstände oder Kassenbeamten in keiner Weise beeinflußt werden. Niedem erkrankten Kassenmit-

gliedern ist ein Kassenarzt auszuwählen, das Namen, Wohnung und Sprechstunde sämtlicher Kassenärzte enthält und am 1. Januar jeden Jahres zu vervollständigen oder zu erneuern ist. Die Kassenmitglieder und die vorgenannten Familienangehörigen sind berechtigt, jeden Arzt in seiner Sprechstunde aufzusuchen. Der Arzt ist nicht verpflichtet, die häusliche Behandlung eines Klienten, dessen Wohnung mehr als zwei Kilometer von seiner Wohnung entfernt ist, zu übernehmen, wenn mehr als ein dienstverpflichteter Arzt näher wohnt.

S. 3. Die spezialärztliche Versorgung wird auf Grund freier Arztwahl mit Überweisungssystem geregelt. Zur Überweisung ist im gegebenen Falle der behandelnde Arzt oder der Kassenvorstand berechtigt.

S. 4. Herr Dr. verpflichtet sich, die Vorstände ihrer Bemühungen um eine geordnete Krankenpflege, Krankenkontrolle und Krankenbildung nach Möglichkeit zu unterstützen (zu vergleichender Instruktion) und ihnen hierzu ohne besondere Aufsicht oder auf Erwerb alle erforderlichen Auskünfte zu erteilen, ohne daß ihm hierfür eine besondere Vergütung zusteht. Er hat die Krankheits- oder Todesschutzleistungen für die Kasse unentbehrlich anzustellen.

Die Zeugnisse und Urkunden werden nur zur Information des Kassenvorstands gegeben und dürfen nicht weitergegeben werden, soweit nicht rückgrätzlich Bestimmungen über die Rechtshilfe entgegenstehen. Das Ausstellen von kurzen Krankheitsleistungsbewilligungen für andere Kassen ist vom Mitgliede selbst mit 50 Pf. zu bezahlen. Versicherungsberechtigte haben für ihre Aufnahmeuntersuchung 2 Mark an den Arzt zu entrichten. Die ärztliche Kenntnis ist der Kasse verschlossen zu übermitteln.

Werden auf Erfordern der Berufsgenossenschaften von den Krankenkassen ärztliche Bescheidéine über Verletzungsfälle der Mitglieder verlangt, so ist dieser Gegenstand dem behandelnden Arzt als eigene Angelegenheit zu übermitteln.

S. 5. Kranke, die der Krankenhauspflege bedürfen, sind vom Arzte als bald dem Kassenvorstand nachzuholen, der die Überweisung des Klienten ins Krankenhaus oder mit Zustimmung des Kassen und des Arztes in eine Privatklinik veranlaßt. In eiligen Fällen und bei Dienstboten geschieht die Überweisung unmittelbar durch den Kassenarzt.

In den Privatkliniken dürfen die Kosten für Arzt und Verpflegung für die Kasse nicht höher sein, als bei Aufnahme in öffentliche Krankenhäuser.

Das Honorar der Ärzte

S. 6. Das Entgelt für kassenärztliche Leistungen soll nach folgenden Pauschalbeträgen bemessen werden:

- a) Für jeden Besuchsdienst 5 Mark im Jahre,
- b) bei Kassen, die Familien, die gemäß § 26 der gegenwärtig geltenden Satzung der Befreiung Ortskrankenkasse für Kastenleute und Apotheke er zu Breslau gewöhnen, für jeden Besuchsdienst mit Kantele im ganzen 11 Mark im Jahre, wenn die Familienkasse nicht länger als dreizehn Wochen dauert und die Besuchsdienste die Kosten für Arzt und Dienstboten Heilmittel zur Hälfte zu tragen haben, sonst im ganzen 12 Mark im Jahre.

Zu diesen Pauschalbeträgen ist das Honorar für die Spezialärzte eingeschlossen. Ferner sind damit alle besonderen Leistungen im Sinne der Preußischen Gebührenordnung abgegolten.

Die Krankenkassen übernehmen außerdem den im Absatz 3 Nr. 11 des Berliner Abkommen vom 23. Dezember 1913 bezeichneten Zuschlag zum Arzthonorar bis zum Ablauf dieser Vereinbarung.

Über die Art der Bezahlung und den Zeitpunkt der Auszahlung des Honorars entscheidet der Vertragsausschuß (zu vergleichender Berliner Abkommen vom 23. Dezember 1913) bis zu seiner Konstituierung die gemeinsame Kommission von sieben Ärzten und sieben Kassenvertretern, in beiden Fällen nach Vorlage der ärztlichen Mitglieder, im Streitfalle unter Zugabe eines Vertreters des Versicherungsamtes der Stadt Breslau.

S. 7. Die ärztliche Behandlung der nach § 219 ff. der Reichsversicherungsordnung überwiesenen Kranken ist in den Pauschalbeträgen beigegeben.

S. 8. Bei Besuchen außerhalb Breslaus wird für das Kilometer 1,50 Mark als Entschädigung für Fahrtkosten und Zeitverlust gewährt. Werden mehrere Kassenmitglieder der Kassen am gleichen Tage außerhalb Breslaus gleichzeitig behandelt, oder auf einer Rundfahrt besucht, so wird die Kilometergebühr nur einmal bezahlt, und zwar nach der Anzahl der im Intervall der Kassen durchgelegten Kilometer. Die Berechnung von Kilometergeldern hat immer nur von der Wohnung des nächstwohnenden Kassenärztes an zu erfolgen, und zwar nur einmal für Hin- und Rückfahrt zusammen.

Wenn bei Besuchen besonders schwere Verkehrshindernisse vorliegen, so ist der Arzt berechtigt, bei der Kasse Entschädigung für verursachte Fahrtkosten zu beanspruchen.

Einige Bestimmungen

S. 9. Wenn der Arzt glaubhaft erzählt, oder nach dem Lebensaufwand zur Annahme sich berechtigt meint, daß das Jahresentkommen eines Versicherungsberechtigten im Sinne von § 176 der Reichsversicherungsordnung die für die Berechtigung zum Beitritt oder für das Verbleiben in der Kasse bestimmten Grenzen (§§ 176, 178 der Reichsversicherungsordnung) überschreite, so hat die Kasse auf Antrag des Arztes dem den Beitritt Nachzuholen, oder dem Mitgliede den Beweis des Gegenfalls durch Vorlegung geeigneter Beweismittel, zum Beispiel des Steuerzertifikates, anzuerlegen und bei Richterbringung des Beweises den Beitritt zu berweisen oder das Entfernen der Mitgliedschaft aufzuheben. (§§ 176, 314, Absatz 2 der Reichsversicherungsordnung.)

S. 10. Die Kassenärzte haben Anspruch auf Ruhe an Sonn- und Feiertagen. Die Kassenverwaltungen haben die Versicherungen anzuweisen, den Arzt Sonn- und Feiertags möglichst nur in dringenden Fällen in Anspruch zu nehmen. Sowohl die Kassenärzte für Privatpatienten an den Vormittagen der Sonn- und Feiertage Sprechstunden abzuhalten, müssen sie auch den Kassenpatienten zur Verfügung stehen. Die Kassenärzte verpflichten sich, an dem vom Berliner der Breslauer Ärzte (e. B.) eingestellten zu jener Dienste für die Nachmittage der Sonn- und Feiertage teilzunehmen. Alle an Nachmittagen von Sonn- und Feiertagen geforderten Leistungen sind als Notfälle zu hinsichtigen.

In Streitfällen

S. 11. Zur Eridigung von Streitfällen und Beleidigungen entfeindet der Verbandsvorstand und die Kassenärzte je drei Vertreter in einer Vertragskommission, in der der Vorstand we-

setzt. Bei Stimmgleichheit wird ein unparteiischer Obmann angezogen. Kosten, die durch die Zugabe des Obmannes entstehen, tragen Kassenvorstand und Ärzte zu gleichen Teilen.

S. 12. Herr Dr. übernimmt, soweit es sich um die in Breslau während des Streitstandes angestellten Ärzte handelt, gegenüber den Kassenverbänden, die das Berliner Abkommen geschlossen haben, gegenüber dem ersten Verband der Orts- und Betriebskrankenkassen zu Breslau und gegenüber dem ihm jetzt angegeschlossenen Krankenkassen für die vom Leipziger Verbandsverein eingegangene Verpflichtung, die bestehende Praxis der Abfindungsstellen der gegenwärtig angestellten Kassenärzte die selbstsichlernische Bürgschaft, jedoch nur bis zur Höhe seiner eigenen Forderung an den Kassenverbänden. Er räumt dem Kassenverbände und den Verbandskrankenkassen die Recht ein, sich wegen bestehender Abfindungsbeiträge, die weiter durch Beiträge des Leipziger Verbandes noch durch die Zusätzliche sonstiger Krankenkassen gelebt werden sollten, an dem ihm zu zahlenden Honorar zu befridigen und diese Fehlbeträge von dem Honorar in Abzug zu bringen.

Die Zahlung des Honorars durch den Krankenkassenverband oder die einzelnen Krankenkassen erfolgt, sobald der Verein der Breslauer Ärzte (e. B.) nachgewiesen hat, daß keine Fehlbeträge, gegebenenfalls welche Fehlbeträge, zur Deckung der Abfindungszeitraum (ein Vierteljahr) entstanden sind.

Herr Dr. ist verpflichtet, sich den auf ihn entfallenden Anteil des vom Leipziger Verband festzustellenden jährlichen Vertrages für die Abfindungszeitraum vom Honorar abzuleben zu lassen.

S. 13. Abweichend von den vorstehenden Vereinbarungen ist der Arzt zu liquidieren berechtigt:

- a) Bei Beleidigungsbewilligungen der Kasse rechtlich zur Übernahme der Behandlung von gleichen Zeitpunkten verpflichtet ist, aber die Behandlung noch nicht übernommen oder sie der Kasse weiterhin überlassen hat;
- b) Bei Heilbehandlungsbewilligungen der Mitglieder oder ihrer Ehegattin, in denen eine Landesversicherungsanstalt oder die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte die Fürsorge der Kasse übertragen hat;
- c) Bei Krankheitsfällen, für die von dem Kassen oder der Kasse ein Rechtsanspruch gegen Dritte (Schriftsteller) besteht. Die Kasse verpflichtet sich, dem betreffenden Arzt (soweit dies den betreffenden Ärzten) rechtzeitige Abrechnungsmöglichkeit zu geben, wenn sie den Rechtsanspruch geltend macht;
- d) Wenn die Kassenärztekasse die Krankenpflege anstelle des Dienstherrn leistet. (§§ 418, 419, 422, 425 der Reichsversicherungsordnung.)

S. 14. Der gleichzeitig abgeschlossene Mantelvertrag und die Instruktion für die Kassenärzte gelten als Bestandteil dieses Vertrages.

S. 15. Dieser Vertrag wird auf 5 Jahre geschlossen. Gegen der Verlängerung gelten die Vorschriften des Berliner Abkommen vom 23. Dezember 1913 und seine Ausführungsbestimmungen.

Sollten bis dahin die Abfindungssummen nach § 12 dieses Vertrages noch nicht völlig neugestellt sein, so finden die Bestimmungen des § 12 weitere Anwendung.

S. 16. Vor dem 1. Januar 1916 soll die Frage des Arzthonors nicht zur Grüterung gestellt werden. Wird durch Wechselseitigkeitsschluß der Kassenärztekasse und des Vorstandes des ersten Verbands der Orts- und Betriebskrankenkassen eine Änderung des Vertragsystems vereinbart, so kann Herr Dr. mit vorteilhafterer Frist vom Verbandsvorstand gekündigt werden.

S. 17. Die Stempfkosten tragen beide Teile zur Hälfte.

Mantelvertrag für alle.

S. 1. Soweit die Verträge mit den einzelnen Ärzten und die nachstehenden Vorschriften nichts Abweichendes enthalten, gilt das Berliner Abkommen vom 23. Dezember 1913 nicht, sondern Ausführungsbestimmungen.

S. 2. Auf je 1000 Kassenmitglieder wird ein allgemein praktischer Arzt zugelassen, wobei die Ärzte, die bis zum 1. Januar 1914 beim Ersten Verbande der Orts- und Betriebskrankenkassen zu Breslau oder einer jetzt diesem Verbande angehörenden Krankenkasse tätig gewesen sind, nicht übergegangen werden dürfen. Die Anzahl der Mitglieder wird durch die Durchschnittsmitgliederzahl des Vierteljahres bestimmt, jedoch erfolgt die Zulassung weiterer Ärzte immer nur für den Jahresanfang. Tritt im Laufe des Jahres eine weitere Kasse dem Verbande bei, so hat die Zulassung der entsprechenden Anzahl von Ärzten mit dem Tage des Beitrittes zu erfolgen. Waren bei der Kasse Ärzte fest angestellt, so sind diese zugelassen. Die erstmalige Auswahl der zugelassenen Ärzte erfolgt durch die nach der Niederschrift vom 7. Februar 1914 gebildete gemischte Kommission.

Spezialärzte dürfen nur im Wege der Überweisung seitens des behandelnden Kassenärztes oder auf Anordnung des Vorstandes in Anspruch genommen werden. Hierbei steht die Wahl unter allen in der Liste aufgeführten Spezialärzten frei.

S. 3. Der Verein der Breslauer Ärzte (e. B.) hat sofort die spezialärztliche Versorgung der Kassenmitglieder und ihrer Familienangehörigen, soweit diese Anspruch auf Familienhilfe haben, auf Grund des freien Arztwahl, an der auch die nicht dem Verein angehörenden Spezialärzte teilnehmen, in die Wege zu leiten. Das Honorar für die Spezialärzte ist in den betreffenden Pauschalbeträgen mitenthalten.

S. 4. Die ärztliche Beratungsfeststelzung wird als Nachunterstützungsfeststelzung beibehalten. Die Verteilung der Kosten wird noch vereinbart werden.

S. 5. Der Verbandsvorstand stellt Vertragsärzte an. Diese dürfen an der Kassenpraxis kein Verbande nicht treiben. Vor der Anstellung der Vertragsärzte sind die ärztlichen Mitglieder der gemischten Kommission oder des Vertragsausschusses zu hören.

Die Kassenärzte wählen aus ihrer Mitte eine Kontrollkommission zur Prüfung der Liquidationen der einzelnen Kassenärzte vor Einstellung an den Verband. Die Kontrollkommission hat das Recht, an den Liquidationsstreitigkeiten vorzuherrschen. Sie steht dem Verbande im einzelnen Falle zur Begutachtung der Vertragsabrechnungen von Arzten oder anderen Gesundheitsbeamten zur Verfügung und hat das Recht, die Kassenärztekasse bei Inkonsistenzen aufzuford

so sind diese Verpflichtungen von dem Kranken oder seinem gesetzlichen Vertreter zu tragen und vorher von dem Inhaber der Privatklinik mit ihnen zu vereinbart.

s. 7. Beide Parteien kommen überein, daß zum 1. Januar 1917 die Honorarfrage nachgeprüft werde, und zwar in den Annen, daß, wenn es die Kostenanlagen gestalten, gewisse Spesenleistungen, die beim zweiten Verbande außerhalb der Baufälligkeit bezahlt werden, auch beim ersten Verbande eine gleiche Vergütung finden.

s. 8. Eine aus dem Verbande innerhalb der Vertragszeit ausscheidende Krankenfalle bleibt bestens geachtet an diesen Vertrag gebunden.

s. 9. Dieser Vertrag tritt am in Kraft. Zu diesem Zeitpunkt sind die während des Streites herangezogenen Kürze von ihrer Tätigkeit zu entbinden.

Unterschrift des Arztes: Für den Vorstand:
Vorsitzender. Schriftführer.

Breslau, den

Die für den Frieden wichtigen Bestimmungen stehen besonders in den §§ 6, 8 und 12, sowie § 2 des Mantelvertrags. Aus ihnen ergibt sich, daß die Kürze zwar nicht die Einführung der freien Arztwahl, wohl aber die Vermehrung der für die Krankenfasse tätigen Kürze von 70 auf 100 bis 110 erreicht haben; von denen 94 den neuen Vertrag bereits unterzeichnet haben, der Honorarzog von 5 Mr. war ihnen schon vor dem Streit zugestanden. Der erste Satz des § 15 ist so zu verstehen, daß der Vertrag bis zum 31. Dezember 1918 läuft. Die bisher tätigen, sogenannten neuen Kürze werden für die Krankenfasse vom 1. April nicht mehr beschäftigt, sie erhalten ihren Abschied, brauchen aber Breslau nicht verlassen, sondern können hier Praxis ausüben.

Hoffentlich tritt nunmehr ein langer und ruhiger Frieden zwischen Ärzten und Krankenfassen ein, er wäre im Interesse der Verfächterungen bringend zu wünschen.

Politische Überblick.

Der verschwundene Kaiserbrief.

Die „Hamburger Nachrichten“ schrieben vor einigen Tagen:

„Künftig teilt die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ mit, daß im Nachlaß des verstorbenen Breslauer Fürstbischofs Kardinal Kopp sich ein Brief des Kaisers aus dem Jahre 1901 befindet, gerichtet an die verstorbenen Landgräfin Anna von Hessen, die im Mai 1885 geborene Tochter des Prinzen Karl von Preußen, die im Jahre 1901 zum Katholizismus übergetreten. Der Kaiser habe als Oberhaupt des Hauses, dem die Landgräfin entstammt, seiner Ansicht über diesen Glaubenswechsel Ausdruck gegeben, und in katholischen Kreisen sei es längst bekannt, daß der Brief an Kardinal Kopp weitergegeben sei. Gerade an ihn, weil die Landgräfin in Kopp's ehemaligem Sprengel Fulda ihren Uebertritt vollzogen hat... Außerdem sei solcher Brief geschrieben, bestätigt die „Schlesische Volkszeitung“, habe sich auch im Besitz Kardinal Kopp's befunden, und ihr sei der Inhalt seit Jahren bekannt; Katholiken hätten seine Veröffentlichung nicht zu fürchten, ob damit freilich anderen Kreisen gedient wäre, halte sie für fraglich. Die „Niederrheinische Zeitung“ weiß sogar „ausführlich zuverlässige Informationen“ den wettentlichsten Satz aus dem Brief mitzuteilen, der lautet soll: „Die Religion, zu der Du übergetreten bist, hasse ich.“ Der Artikel der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ wies dann darauf hin, wie gut sich Wilhelm II. selbst mit den Vertretern der katholischen Religion gestellt habe.

Die „Nordde. Allg. Zeit.“ drückt obigen Passus an der Spitze des Blattes mit ab und fügt hinzu:

„Wenn nun das Hamburger Blatt, dessen grundsätzlicher Auffassung über den nichtöffentlichen Charakter des Briefes wie über die Stellung des Kaisers zu den Konfessionen wir beitreten, eine amtliche Auskunft über das Schriftstück verlangt, so möchten wir bemerken, daß amtliche Nachfragen nach seinem Verbleib noch zu keinem Ergebnis geführt haben. Im Nachlaß des Kardinals Kopp hat sich der Brief, wie wir hören, bisher nicht vorgefunden.“

Dass der Brief geschrieben wurde, kann also nicht in Abrede gestellt werden, nur weiß man nicht, in welchen Händen sich dieser Brief befindet. Aus München wird zu dieser Angelegenheit noch gemeldet:

Sturmflut.

Roman von Friedrich Spielhagen.

129. (Nachdruck verboten.)

Und Else segte sich an den kleinen Tisch in dem weitvorspringenden Erker, der, weil man aus dem Fenster desselben einen freien Blick über die Ebene bis aufs Meer und auf den Wissower Haken hatte, jgleich ihr Lieblingsplatz geworden war, und schrieb mit fliegendem Feder ein paar herzliche Zeilen an ihren Vater: weder sie, noch Steinhold hätten es gewollt, da sie Eines des Andern Liebe zu vertheidigen wären, um nicht gewißlich heiteren und freundlicheren Lügen entgegenzuhalten zu können. Aber es habe sich nun einmal so gefügt, und der Name der Tochter ihres Vaters dürfe nicht in dem Mund der Deute sein. Das wisse niemand besser, fühle niemand sicher, als der liebe, glütige Vater, in dessen reine Hände sie nun ihre reine Seele lege.

Sie hatte das Briefchen einem alten, sielen Diener, der während der langen, langen Abwesenheit der Herrschaft Castellan des Schlosses gewesen, zur Bevorgung übergeben und schritt nun in wundersamer, halb bang, halb freudiger, ja überrediger Erregung in ihrem Zimmer auf und nieder: „Else von Berlin, Postenkommandeur Reingold Schmidt, Berlische Berlin-Büssow! Ein Postenkommandeur? wie sonderbar! was ist das eigentlich? – Und Büssow? weiß keine von den Geschichten, wo Büssow liegt? – Büssow, meine Herrschaften, ist eine kleine sonnige Halbinsel mit etwa zwanzig Häusern, von denen keines ein Viertel so groß sein soll, wie das Jagdschloss auf Goldeberg, oder auch nur wie eines der Wirtschaftsgebäude vom Stammschloss Goltz, an dessen feinem Hofe man auf dem Wege von Potsdam nach Brandenburg vorüberkommt. – Wie wunderlich! – Freilich! über sie hatte taugen einen wunderlichen Geschmack! – Und wie kug von dem Grafen, bezeichneten der ungehorsamen Postkutten zurückzusehen! – Es soll allerdings so weit ein angenehmer Raum sein. – Das sagt man dann so hinterher. – Auch Postenkommandeur. – A la bonne heure! da kommt sie die Generalstaatsärzte freilich nicht lange bestimmen!

Und Else lachte und tanzte, nachdem sie dies kleine Sketche ab, welchem die alte Baronin Antecke mit ihren großen schwarzen Fächer den Takt gesetzten, in mehreren, ihr sehr bekannten Stücken ausgespielt; und zusteckten, als jetzt, wie sie so am Fenster des Erkers vorüberkämpfte, ein großer Koffer die hellen Schuhe vor ihr in ein sahles Licht, sothat, daß das der Spiegel des Hofes am Tage deutlich hervor, und das bestandene Bett: „Deine Liebe!“

„Das heißt meine Liebe nicht verlieren“, sagte Else: „Was du mir auch erinnerst magst – ich könnte es Dir!“

In der Münchener „Werkstätten-Wochenschrift“ „Allgemeine Rundschau“ veröffentlichte soeben der Reichstagabgeordnete Rüger einen Artikel über den Brief des Kaisers an die Landgräfin von Hessen. Er berichtet in dem Artikel näheres über den Inhalt jenes Briefes. Darauf soll die Landgräfin nach ihrem Uebertritt zum Katholizismus vom Kaiser ein Teleogramm erhalten haben, in welchem ihr für den Fall des Verbleibens bei ihrem Religionswechsel der Ausschluß aus dem Hause Hohenzollern und der Abbruch jeglichen Vertrags durch sämtliche Mitglieder des Hauses Hohenzollern angekündigt wurde. Der Kaiser habe ihr dann einen mehrere Seiten langen Brief geschrieben mit erregten Auslassungen über Papst, Bischofe, Priester und katholische Kirche. Die Hauptstelle dieses Briefes sei:

„Du trittst also jenen Abeglauben bei, den auszurotten ich mir zur Lebensaufgabe gelehrt habe.“

Der Brief wurde vom Kardinal Kopp in Verwahrung genommen, weil er fürchtete, daß, wenn er bekannt werde, die Hochachtung aller Katholiken vor dem Kaiser Einbuße erleiden würde. Der Brief soll in mehreren Abschriften vorhanden sein.

Herr Jäger findet den Vorgang höchst betrübend und verlangt eine ausreichende Erklärung über die Angelegenheit.

Der vergessigte Landesvater.

Wie aus Braunschweig gemeldet wird, besuchte Herzog Ernst August am letzten Mittwoch das Gefängnis und Zuchthaus in Wolfenbüttel. Dort schenkte er drei Männern und zwei Frauen durch Begnadigung sofort die Freiheit. Die übrigen Gefangenen bewirtete er mit 150 Pfund Wurst sowie mit Kaffee und Gebäck.

Das Vorgehen des jungen glücklichen Landesvaters wirkt sympathisch, wenn es auch von manchen seiner Kollegen als eine Art unbedeutsamen Weltbewerbs empfunden werden möchte. Braunschweig ist ein kleines Land, in dem der Buchhändler souffagen Selbstwert besitzt. Wollten andere Landesväter das Beispiel nachahmen, so würden sie ihre ganze Zivilisation zu Wurstkäufen für Gefangene verwenden müssen – womit natürlich nicht gesagt ist, daß dies die schlechteste Verwendung wäre.

Wenn aber Ernst August schon in Gewissensruhe ist, so sollte er bedenken, daß die Braunschweiger Wurst von außerkannter Vorzuglichkeit, das Braunschweiger Wahlrecht aber dafür desto miserabler ist. Nach einem bekannten englischen Sprichwort ist Steuerpflicht ohne Wahlrecht gleichbedeutend mit Sklaverei und Gefangenschaft. Ganz Braunschweig wäre darnach ein großes Gefängnis, dessen Insassen sich mit einem Stück Wurst nicht zufrieden geben werden. Die Parole für Braunschweig lautet: Nicht Wurst, sondern Wahlrecht!

Der General mit dem Revolver.

Über den sehr bedauerlichen Zwischenfall Liman in Konstantinopel, den wir gestern mitteilten, wird uns noch geschrieben:

Nach Mitteilungen, die von anderer Seite stammen, soll die Darstellung der „Voss. Zeit.“ nicht in allen Punkten richtig sein. Darnach wäre der Artikel über den nächtlichen Überfall auf die Tochter des Generals garnicht im „Matin“, sondern in einem anderen Blatte erschienen. Nichtig ist darüber, daß der General mit noch zwei anderen Offizieren einen von der deutschen Militärmmission auf dem Bureau der „Agence Ottomane“ erschien, und den Richterstatuer des „Matin“ in einem Revolver zu Fuß in einer seiner Begleiter gleichfalls seinen Revolver schußbereit in der Hand hielt. Nachdem sich die deutschen Offiziere von ihrem Thron überzeugt hatten, soll es zwischen beiden Parteien zu einer Versöhnung gekommen sein. Die Offiziere entfernten sich, nachdem sie dem Richterstatuer des „Matin“ die Hand gereicht hatten.

Sachlich wird durch die Verschiedenheiten der beiderseitigen Darstellungen wenig geändert. Das Verhalten der deutschen Offiziere verdient jedenfalls einen viel schärferen Tadel, als er in der offiziösen Darstellung der „Börsischen Zeitung“ ausgesprochen wird. Man mag dem General von Liman selbst vom menschlichen Standpunkt aus zugute halten können, daß er als Vater die Ehre seiner Familie verteidigen

zu müssen glaubte. Es wäre aber Sache der anderen Offiziere gewesen, ihn von diesem Schritte zurückhalten und ihn fairerhandhaftlich an die höheren Pflichten zu erinnern, die er dem deutschen Reich gegenüber übernommen hat. Die Revolte im Bureau der „Agence Ottomane“ wird nicht dem Unsehen der deutschen Armee im Auslande dienen, sie ist aber auf der anderen Seite geeignet, sowohl dem deutschen Reich als auch dem türkischen Staat, in dessen Dienst dieser deutsche General getreten ist, erhebliche Schwierigkeiten zu bereiten.

General v. Liman ist heute nicht deutscher, sondern türkischer Offizier. Nicht deutsche, sondern türkische Offiziere sind jetzt auch seine Kameraden aus der deutschen Armee, die ihn auf dem Gang zur „Agence Ottomane“ begleiteten. Sollte die französische Regierung für die Bedrohung französischer Staatsbürger durch türkische Offiziere von der Regierung in Konstantinopel Genugtuung verlangen, so wäre die türkische Regierung genötigt, General v. Liman und seine Begleiter wegen der von ihnen begangenen offenkundigen Gesetzesverletzung zur Rechenschaft zu ziehen. Auf diese Weise könnte dann die deutsche Militärmision in der Türkei ein sehr rasches und wenig rühmliches Ende nehmen.

Ein Vergleich liegt nahe. Wie Frau Callaix durch ihr Altentat auf Calmette ihrem Gatten und der radikalen Regierung am meisten geschadet hat, so könnten sich auch die Revolte der deutsch-türkischen Offiziere nach hinten entladen und für den deutschen Einfluß in der Türkei die ungünstlichsten Folgen haben.

Dass die ungehandelten Temperaturen hier wie dort ihre Verleidiger finden, ist zu verkehren. Aber wenn man von den Massen verlangt, daß sie oft nur allzu berechtigten Leidenschaften im Bügel halten, wenn man gegen jeden Rechtsbrecher der sogenannten unteren Klassen mit dem stärksten Zuschlag fiktiver Entrüstung und mit den schwersten Strafen vorgeht, so sollte man für die Angehörigen der oberen Klassen, die mit dem Revolver in der Hand ihr Recht suchen, nicht nur schonende Entschuldigungen haben. Menschlich begreiflich ist die Tat der Frau Callaix. Menschlich begreiflich ist das Verhalten des Generals Liman v. Sanders. Aber wenn ein Arbeitsloser, der sich mit seiner Familie am Ende seiner Kräfte weist, irgend eine Tat sinnloser Verjüngung begehen würde, so wäre das menschlich nicht minder begreiflich. Es ist eine heuchlerische Klassenmoral, die für die Taten der einen immer nur menschliches Verständnis hat, rücksichtlose Verurteilung aber für die Taten der andern.

Da Herr v. Liman und seine Kameraden der Disziplinargewalt der deutschen Armee zurzeit entrückt sind, kann man ein Einschreiten der deutschen Militärbehörden gegen sie nicht verlangen. Auf der anderen Seite aber wird die deutsche Diplomatie und die deutsche Offenlichkeit nicht in der Lage sein, diese Herren irgendwie zu defense. Daß der deutsche Offizier in seinem Verhältnis zum Civil an Gelese nicht gebunden ist, ist seit Jahren ohnehin die allgemeine Auffassung des Auslands. Ein Versuch, der in Jahren zulage getreuen Rechtsauffassung internationale Geltung zu verschaffen, müsse an seiner Unmöglichkeit scheitern.

Man muß wünschen, daß der Fall Liman ohne allzu starke nachteilige Folgen erlebt wird, und man muß von der deutschen Regierung verlangen, daß sie zum mindesten nichts tut, was eine solche Erledigung zu erschweren geeignet wäre.

Aus dem Reichstag.

Wiederum ist ein konservativer Mandat für ungültig erklärt worden. Die Herren auf der äußeren Reden müssen nach all den Lehren, die ihnen erteilt werden sind, allmählich einsehen, daß ihre ostfälischen Wahlgegschichten unerträglich sind. Diesmal ist der konervative Herr Höch, der Sieger über Herrn Fuhrmann, nach Hause geschickt worden. Seine Freunde aus der eigenen Partei, aus der Reichspartei und dem Zentrum strengten sich zwar nach Möglichkeit an, ihm ein weiteres Verhältnis im Hause zu sichern, aber alle Mühe war vergebens. Selbst die Drohungen, die zuvor in den konservativen Blättern gegen die Nationalliberalen zu lesen waren, lösten keine Wirkung

„Schwörst es nicht, Du kannst es nicht! Steh, ich fühle ja, wie Deine lieben Hände zittern, wie Dein holdes Leib zittert, wie Du Dich schwügs, ruhig zu sein, und noch hast Dir nichts gehört!“

„Wie könnte ich ruhig sein, wenn Du so fürchterlich aufgeregt bist!“ erwiderte Else. „Steht, Lante, ich habe ja längst gefühlt, daß zwischen Dir und mir etwas liegt, – ein anderes, als die traurigen Familienwirten, so weit ich sehe – ein Schamlos, daß Du mir nicht mitzutun wagst! Ich habe oft oft Dich bitten wollen, mir alles zu sagen; ich habe nicht den Mut gehabt und mich gescholten, daß ich ihn nicht hätte. Aber Du warst in letzter Zeit, wie mir schien, zurückhaltender gegen mich als im Anfang – das hat mich denn noch unglücklicher gemacht. Und hatte ich doch auch ein Geheimnis auf dem Herzen, wagte ich es doch nicht, Dir meine Liebe zu bekennen, trotzdem mich jede Stunde des Zusammenseins mit Dir immer mehr davon überzeugte, daß Du – gerade Du – instande seist darüber, Dich über die Vorurteile wegzusiegen, in denen selbst der gute Vater noch zum Teile besangen ist. Ja, soll ich es Dir gestehen? Dein Verhältnis zu – zu Signor Girasdi, wie viel Du auch darunter gelitten haben und noch leiden magst – mir war es doch nach dieser Seite trübselig und ermutigend: möchtest Du meine Liebe billigen oder nicht – Du widerdest sie jedesfalls begreiflich; würdest mir nachfühlen können, was Du noch selbst einmal empfunden haben mußt: daß man einen Mann lieben kann um seiner selbst willen, weil wir in ihm das Bild dessen sehen, was uns einzig Liebenswert erscheint. Nun hat der Unfall, wenn es nicht Frede ist, hier von Busall zu sprechen, mir mein Geheimnis entlockt. Hasse Mu!, habe Vertrauen: enthülle mir Deines! Du sagst: es sei der rechte Augenblick; und gewiß ist er es. Er darf nicht vorübergehen. Und jetzt, liebe Lante, sieh auf, und wenn ich wirklich, wie Du in der ersten Stunde, da wir uns sahen, gesagt und jetzt wieder sagst, Dein guter Engel bin: las es mich beweisen! las mich beweisen, daß ich in dem Glück meiner Liebe zu dem besten, edelsten Mann die Kraft habe, Dich zu lieben, Dir die Rüte wiederzugeben, den Frieden, nach dem Deine Seele lechzt.“

Else richtete mit sonstigen Gewalt die Lante, welche den Kopf in ihren Schoß gehobt hatte, empor, trocknete die Tränen von dem schönen, bleichen Angesicht, das jetzt doch ein wenig beruhigter, gefasster zu ihr aussah, schlängt den Arm um ihren Leib und betete sie auf dem Sofa, selbst wieder auf den Sessel: „Nein, nein, murmelte sie: das ist es nicht, ich muß Dich haben, Du mußt bleiben; aber nicht, weil ich mich vor dem Bettler fürchte – ich fürchte mich vor etwas, das viel schrecklich ist.“

Sie sprang auf und irrte mit gerungenen Händen durch das weite, von der Lampe auf dem Tisch nur schwach erhelltene Gemach. „Ich frage es nicht länger! Jetzt ist der rechte Augenblick, aber nie! Ich muß es von der Seele haben, ich muß – ich muß!“

Wie von dem Donner, der eben brachte, zerstört, hatte sie sich plötzlich zu Elses Füßen gebogen und ihre Feste umklammert: „Es ist meine Hoffnung, mein Trost gewesen all diese Zeit: Du zu meinen, der Feinen, Guten! mich so zu lassen aus dem Hause, in welchem mich der Scheidliche hält! das Leben zu bringen, das höchste, größte, das ich bringen kann! den einzigen lieben Punkt auszulöschen in dieser grausamen Welt: Deine Liebe!“

„Das heißt meine Liebe nicht verlieren“, sagte Else: „Was du mir auch erinnerst magst – ich könnte es Dir!“

(Fortsetzung folgt.)

aus, mit einer unfehlbaren Weisheit vom nahezu 80 Jahren wurde Herr Hösch entfernt. Genosse Schmidt d. J. Meinen hatte im Laufe der Debatte dem konserватiven Redner, der von Macht- und Rechtsfragen irgend etwas geredet hatte, deutlich klar gemacht, daß wir ganz unparteiisch württen: ob nämlich Herr Hösch oder Herr Fuhrmann.

Nach dieser erfreulichen Operette kamen die Duellesträge der Strafrechtskommission zur Verhandlung. Herr Dr. Lisco gab eine recht unverbindliche Erklärung ab, daß der Reichstag sich mit den kompetenten Stellen über die Durchführungs möglichkeiten der von der Kommission vorgelegten Änderungen ins Verhältnis setzen würde. Diese sehr eingeschränkte Zustimmung ermutigte die Konservative und die Reichspartei, für den Sonnabendsaitag zu stimmen, wobei sie noch eine Reihe von Vorbehalten äußerten. Genosse Stadttagen beantragte namens der sozialdemokratischen Fraktion viele einschneidende Änderungen, namentlich die Gleichstellung der Duellesträge mit den anderen Vergehen der Körperverletzung und die Unzulässigkeitserklärung des Sterbenden Beamter und Offiziere zur Bedeutung öffentlicher Reiter. Herr Greber vom Zentrum stellte fast im Prinzip auf den Boden energetischer Eintritt, er verzichtete jedoch von einem einstimmigen Votum des Reichstags abzutreten. Nach Abstimmung des sozialdemokratischen Antrags fanden auch die Vorschläge der Kommission einstimmig Annahme. — Am Freitag, den letzten Sitzungstage vor den Osterferien, leuchtet die Konkurrenzlaufel endlich in die zweite Lösung.

Sozialdemokratische Arbeitsfürsorge.

Der Gemeinderat in Gera hat gegen die Stimmen der bürgerlichen und gelben Vertreter ein Regulativ für die Arbeitslosenversicherung angenommen. Zu zwei vorhergehenden Stimmen war die Abstimmung dieser Bestimmungen durch Enthusiasmus und obstruktives Fernbleiben der bürgerlichen Vertreter vereitelt worden. Die Bestimmungen sind dem Genter System anerkannt und sehen Unterstützungen an: Arbeitslose in Höhe von 70 Pfennig und an verheiratete in Höhe von 70 Pfennig täglich vor; für jedes Kind unter 15 Jahren weiter 15 Pfennig bis zum Höchstbetrag von 1,30 Mark gewährt. Diese Unterstützungen werden an Angehörige von Gewerkschaften, die eine Arbeitslosenfürsorge eingeführt haben, gezahlt, ferner an Unionsozialen und Angehörige von Berufsvereinen ohne Arbeitslosenfürsorge, sofern diese sich als Spender einzutragen lassen. Für das erste Jahr wurden 5000 Mark in den Haushaltssachen eingestellt. Voraussichtlich wird der Stadtrat gegen die Bestimmungen Einspruch erheben.

Weiter fand in derselben Sitzung Bestimmungen über die Rechtsverhältnisse der städtischen Arbeitserledigung statt, welche festgestellt wurden. Danach wurde zunächst ein Mindestlohn für uneheliche Bollerbeiter in Höhe von 3,60 Mark, für getrennte von 5 Mark steigend bis 4,60 Mark bezir. 3,60 Mark täglich festgelegt. Außerdem sind Bestimmungen über Einführung eines Arbeiterausschusses, über Knebelohn und Witwen- und Wallengeld getroffen. Auch diese Bestimmungen sind von der sozialdemokratischen Mehrheit als Antrag eingebrochen worden, fanden aber fast einstimmige Annahme und werden auch die Zustimmung des Stadtrates finden. Die Sitzung war die letzte unter der sozialdemokratischen Mehrheit.

Die Strafuntersuchung gegen den bayrischen Landtagsabgeordneten Abresch. Wie der "Deutsche Kurier" erfährt, kommt die Strafuntersuchung gegen den Landtagsabgeordneten Abresch auf Betrug in Höhe von zwei Millionen Mark, auf Entführung und auf Vernichtung einer Urkunde. Der von dem Beschuldigten gestellte Haftentlassungsantrag ist wegen Fluchtverdachts und Fiktionsgefahr abgelehnt worden. — Die pfälzischen Abgeordneten, die auf der Fahrt von und nach der Pfalz Wittenberg und Böden passieren müssen, beabsichtigen, wie die "Germania" meint, aus Anlaß des Falles Abresch einen Antrag im Landtag einzubringen, daß ihre Immunität auf Böden und Württemberg während der Hin- und Rückreise erachtet wird. Am Reichstage ist eine kurze Anfrage des Abgeordneten Müller-Weiningen, forscher, Bösel, eingegangen: Die Verhaftung eines bayrischen Landtagsabgeordneten ist in Baden während der Dauer der Session der bayrischen Abgeordnetenversammlung durch Beschluss eines badischen Gerichtes unter Umständen erfolgt, die bei der Vornahme auf bayrischem Gebiete eine Verleumdung der verfassungsmäßig garantierten Immunität der Abgeordneten bedeuten würde. Ist der Herr Reichsanziger bereit, mit den einzelnen Abgeordneten in Verhandlungen einzutreten über die Sicherstellung der Immunität der Mitglieder der einzelnen Landesvertretungen in anderen Bundesstaaten?

Das neue bayrische Polizeikraftsgesetz wird im Entwurf veröffentlicht. Es enthält neue Bestimmungen über den Betrieb der Kinos. Mit Geldstrafe bis zu 45 Pf. oder mit Haft bis zu acht Tagen soll bestraft werden, wer ohne die erforderliche volleiliche Erlaubnis öffentlich mittels mechanischer oder optischer Einrichtungen bildliche Vorstellungen (Vidéos und vergleichbar) oder musikalische oder andere Vorträge darbietet. Eltern und sonstige verantwortliche Personen, wie schulpflichtigen Kindern ohne die vorgeschriebene behördliche Erlaubnis den Besuch von Varietés und Lichtspielhäusern, wenn auch in Belebung Erwachsener erlauben, solle eben so bestraft werden können, wie wenn sie ihnen auch den Besuch öffentlicher Tanzunterhaltungen erlauben. Die Strafbarkeit entfällt jedoch, wenn die vorgeschriebene Erlaubnis erteilt wird.

Der Gesetzenwurf bringt auch eine Neuregelung der Bestimmungen für das Kostkinderwesen, für die Behandlung der Geisteskranken und Geisteskranken und verbietet den Eigentümern das Umbenennen in Horden.

Bestimmungsmache gegen die Arbeitslosen-Versicherung in Bayern. Die "Münchner-Nugshütter Wundertagung" will aus bestinformierter Quelle erfahren haben, daß der bayrische Reichstag gegen die Annahme der Regierungsvorlage über eine Arbeitslosen-Versicherung in der vorliegenden Form ist.

Die verunglückte Kronprinzessin. Über die Vorgänge, die zur Verziehung der Kaiserin des Kronprinzen auf unbestimmte Zeit führten, weiß die "Tägl. Rundschau" Näheres mitzuteilen. Danach war es zwischen dem Prinzen und dem Staatssekretär Solf vereinbart worden, daß die Kosten in der Höhe von 180 000 Pf. vom Reichstag zu verlangen seien. Daß der Reichstag Schwierigkeiten mache, sei der Kronprinz bereit gewesen, die Kosten aus der eigenen Tasche zu bestreiten. Zu einer Vorlage an den Reichstag war aber die kaiserliche Genehmigung notwendig, und diese ist kurz vor der Abreise Wilhelm II. verfügt worden.

So die "Tägl. Rundschau". Wahrscheinlich ist Wilhelm II. von der Auffassung ausgegangen, daß ein Geschenk des Reichstags an seinen ältesten Sohn der allgemeinen Volksstimme wenig entsprechen würde. Wilhelm II. scheint also in diesem Falle richtig informiert gewesen zu sein.

Generalpardon für Fahnenstecher. Der elazäisch-thüringische Landtag nahm am Donnerstag einen von allen Parteien unterstützten Antrag an, in welchem die Regierung gebeten wird, einen Generalpardon für alle jene Militärschädigten einzutreten zu lassen, die sich vor dem Jahre 1848 ihre Militärschädigung entzogen haben. — Ein anderer Antrag verlangt die Auflösung von ausländischen Komitaten in den Reichslanden. Die Regierung verzweigt über die Wünsche in Erwägungen einzutreten.

Eine neue Note des Grafen Osterdorff. Die Köln. Btg. erfährt aus sicherer Quelle, daß Graf Osterdorff in nächster Zeit in Rom eintreffen wird, um in seiner Sache im Generalschafte zu treten, die durch den Tod des Kardinals Stumpf in Prag erzeugt ist. Sein Vortrag hinsichtlich der Kritik verloren zu wirken.

Eingeschlossenes Reichsdeutschland. Die Staatsanwaltschaft hat die Einstellung des gegen den Landtagsabgeordneten H. L. Schmid eingehenden Mordversuchs erneut bestätigt.

Musiland.

Massenverhaftungen proletarischer „Kirchgänger“.

Aus New York wird uns geschrieben: Einen allgemeinen "Kirchtag", der alle nicht teilungslos verharrten Seelen mit den Mitteln einer kolossalen Kirchenreklame in die Hände der Priester zurückdrängen soll, wenn auch nur für einige Stunden im Jahre, haben die Kommunen von New York kurzlich in aller Form in ihren Kirchenkalender aufgenommen. In etwas modifizierter Form haben jetzt die hinduistischen "Inbursitai" Wörter das in der Welt, diese fromme Idee anzugehen, indem sie seit einiger Zeit allabendlich an der Spitze mehrerer Hundert Arbeitsloser zur Kirche gehen".

Die Arbeitslosigkeit in New York ist ungeheuer, und die Anzahl der dort betroffenen Männer wird selbst von bürgerlicher Seite auf Hunderttausende beziffert, unter denen sich wieder viele Tausende befinden, die in der bitteren Kälte dieses Winters nach dem Club der Obdachlosen ausgewichen sind. Der städtische Wohltätigkeits-Kreis für die Obdachlosen hat eine vor kurzem vor der Deutschen Akademie über eine fürchtbare Nebenstellung des städtischen Nachbarschaftsbericht, aber obwohl die Stadt über Hunderte von öffentlichen Gebäuden verfügt — vor allem stehen zahlreiche riesige Kasernen unter ihrer Verwaltung —, hat man bisher noch nicht das Geringste getan, um die Tausende halb verhungerten, dürrig, kieselbärtiger Menschen vor der mörderischen Kälte des New Yorker Winters zu schützen. Da ist die Azre, die Kirchen als Nachbarschaft zu benutzen, und ihnen damit einmal eine mögliche Verwendung zu sichern, an und für sich gewiß nicht möglich, und wenn die Herren Pastoren in diesem Hause etwas von der apostolischen Schenkungslust bewußt hätten, die doch sonst zum gesetzlichen Geschäft gehört, so würden sie die Obdachlosen mit weit geöffneten Sammeltaschen empfangen haben, in Namen dessen, der da sagt: "Was Ihr den Geringsten unter meinen Brüdern tut, das habt Ihr mir getan!"

So lange die Unglücklichen sich nur beim protestantischen Herrgott eingezogen, ging die Sache auch noch zufrieden, wenn auch die Tiener am Ort sich und höflich verneinten, an die Kirche des alten Erbarmers erinnerten: "Kennen Sie mich nicht, da ich Ihnen nichts und beladen soll, ich will euch ergänzen" — in den meisten Fällen verstanden es die Geistlichen, die Obdachlosen mit mehr oder weniger guten Worten, einige Male auch mit Geld zum Verlassen des Lokals zu bewegen. Nunmehr vermieden sie direkt Altersschändungen in Gestalt von Polizeiaffären auf die obdachsuchenden, armen Zauzus. Diese klassenpolitische Schenkung wurde erst Greifz, als die Hungrier sich dieser Tag auf einem ihrer Grauzüge zum ersten Male in eine katholische Kirche, die auf den heiligen Alphonsus gehauft ist, verirrten. Wenige Augenblicke später waren

55 Polizei und 15 Polizeiwagen

zur Stelle, und die nicht ingwischen entflohenen Obdachlosen, 191 an der Zahl, wurden mit der üblichen Brutalität in die Wagen geworfen und später auf verschiedene Polizeigefängnisse verteilt. Der Führer der Arbeitslosen, ein am gleichen Tage 21 Jahre alt gewordenes Mitglied der "Industrial Workers", Frank Tannenbaum, wurde als besonders stigmatisches Individuum unter 7500 Dollar Bürgschaft gestellt, und es wurde nachträglich vor, seine Prozeßierung ebenfalls im Gefängnis abzutun. Die Polizei bemühte sich, eine Anklage auf "Aufstieg zum Aufstand" gegen ihn zu förmten, aber die Anklage-Aussicht dekonierte das einstimmige bürgerliche Zeitrungsgezügel über diesen erschrecklichen anarchistischen Rädelsführer, indem sie lediglich Anklage auf "Zellnaß" an einer gesetzwidrigen Ansammlung erhob, und auch die feierlichen Lügen über das Verhalten der Arbeitslosen in der Kirche, in denen sich die kapitalistische Presse New Yorks ausnahmslos gefallen hält, brachen im Verlaufe der Gerichtsverhandlung läufig zusammen. Der Richter, vor dem die Massenprozeßierung der armen Leute vor sich ging, kollte zwar offensichtlich den guten Willen, das Volk des bürgerlichen Prügelglücks zu eringen, das mit zulasten Arbeiterchristen von den Kirchenstürmenden Mob mit den 1912 benutzten Aufzügen gute Geschäfte gemacht hat, und tatsächlich stand der saubere Stadt, einer der gewöhnlichsten ungebildeten Patrone auf der New Yorker Polizei-Gasse, darauf, daß sich jeder der Anklagten für schuldig bekannte. Die wenigen, denen der leere Magen Selbstschaltung genug gelassen falt, zu erklären, daß sie sich keines Unrechts bewußt seien, wurden auf

zehn Tage bis zwei Monate ins Arbeitshaus gesandt, die anderen ließ das Gericht gnädigst unter suspendiertem Urteil ziehen!

Obwohl fast nur Belästigungen zu Worte kamen, und zwar die schwärzen Gendarmen des heiligen Alphonsus, und die profanen Pfarrer, gelang es der Anklage nicht, den Arbeitslosen schlimmere Verbrechen nachzuweisen, als daß "einige" von ihnen auf den Kirchenstufen gestanden und "einige" andere den Hut auf dem Kopf behalten hätten. Sämtliche kapitalistischen Blätter haben aber von einem wilden Radikal, von Brutalitäten gegen aufdrächternden Frauen und von allenthalben sonstigen Altersdiensten Zeugen zu machen gewußt, und man hält sogar daran losgelogen, daß "jeder einzelne" der Obdachlosen auf der Polizeiwache im Bezirk von Westen betroffen werden würde, ein Umstand, der nach dem "Sullivan-Gesetz" genügt hätte, um einen jeden Staatsanwalt — und bei den Verhafteten habe man es fast durchweg mit Eingewanderten zu tun — auf Jahre ins Justizhaus zu bringen! Die "New Yorker Volkszeitung", die meistere Tage vor der Massenverhaftung die Arbeitslosen vor dem Geschicht der Kirchen gezwungen hat und die Dinge, die denn auch kommen sollten, vorausgesagt hatte, veröffentlichte einen eigenen Bericht über den Gang des "Sturms" auf die Alpons-Kirche, aus dem sich ergibt, daß Tausenden und kein Arbeitslosengefölge sich in dem "Gottesdase" nicht das geringste zuschulden schaffen ließen, was die Polizeizugt rechtfertigen könnte, daß aber der junge syndikalische Führer offenbar

das Opfer eines Polizeispießes

geworden ist, der sich als Zeitungsbeichtersteller bei ihm eingeschoben und einen frakturen Verhandlungen mit dem festen Pfarrer vermittelte, um sich dann plötzlich als Polizeileutnant Neagon zu entpuppen. Der Pfarrer hatte im Verein mit den überwundenen Hochadlern den Obdachlosen eine Falle gestellt, in die diese denn auch traten, trotz aller vorbereiteten Warnings, prompt hineinbezogen zu werden. Die sozialistische Partei von New York berichtet eine Protest-Versammlung gegen die schmalhafte Haltung der gegenwärtig im Rathaus thronenden "Reformen" in der Arbeitslosenfrage vor.

Die Opfer Mosquitos. Nur das große Interesse zu begreifen, das die weitere Daseinlichkeit der Rothe-Elfäre entgegenbringt, muß man sich verzeihen lassen, daß heute 38 Anklagen gegen den betrügerischen Bankier bei der Berliner Staatsanwaltschaft eröffneten. Unter den Geschöpfen befinden sich eine sehr große Anzahl bedeutender industrieller Unternehmungen, z. B. russische Kaufhausfamilien, englische Eisenbahngesellschaften, südamerikanische Drosselüberfabrikanten, russische und nordamerikanische Petroleumgesellschaften und eine Anzahl Großbanken. Die 38 Gläubiger haben sich zusammengetan, und gemeinsam ihres Interesses gegen die französische Republik vertraten zu lassen, und die Untersuchung ergab sollte, daß ihre Interessen durch die während des prozesses in irgendeiner Weise gefährdet worden sind.

Fran Callaix vor dem Untersuchungsrichter. Nach einstiger Unterbrechung wurde gestern das Verhör der Frau Callaix vor dem Untersuchungsrichter wieder aufgenommen. Auf das Vorholen des Untersuchungsrichters, daß ihre Wünsche gemachten Angaben mit denselben, die sie kurz nach der Tat vor dem Kommissar gemacht habe, in Widerspruch ständen, erwiderte Frau Callaix: Das ist wohl möglich; ich hatte damals nichts neugesen und befand mich in einer höchstgradigen Eregung. Ich konnte mich nicht mit der wünschenswerten Ruheheit auseinandersetzen. Ich behaupte nicht, daß ich in dem Augenblick, in dem ich vom Dienststellen zu Calmette gerufen wurde, zur Tat bereit war. Ich war nie entschlossen, alles zu tun, um die Verdächtigung der mich betreffenden Briefe zu verhindern, wenn es sein müßte, sogar mit Gewalt. Ich wollte nicht töten, sondern nur einen Skandal her vor rufen. Auf eine diesbezügliche Anfrage des Untersuchungsrichters fuhr Frau Callaix fort: Ich habe mit Calmette nicht von diesen Briefen gesprochen. Ich sagte ihm nur, daß er wohl wäre, weshalb ich zu ihm komme. Als er dies verneinte, war meine Reaktion wie folgend: und ich verlor den Kopf. Ich wußte nicht mehr, was ich tat und zog den Revolver. Selbst zu meiner Entlastung würde ich keinen Unwahrheit sagen. Ich beabsichtigte nichts zu erfinden. Ich hätte sagen können, daß Calmette mich gereizt, beschimpft hätte. Das trifft jedoch nicht zu. Ich sage nichts anderes als die reine Wahrheit."

Appell der Generäle in London. Der "Daily Express" meldet, daß alle Generäle, die eine Division befehligen, in ganz England den Befehl erhalten haben, sich im Kriegsministerium einzufinden und Bericht zu erstatten.

Zu den Wirren in Megilo. Ein Telegramm des Kriegsministers aus Megilo besagt, die Ausländer seien am Mittwoch feind bei Torreton geschlagen worden. Sie hätten 2000 Mann Gefallene und Verwundete gehabt, die überlebten sogen sich nordwärts zurück. Die Verbündeten verfolgen sie. Es wird angegeben, daß General Villa Verdó befehlt habe, aber erklärt, dies wäre eine Aktion des Generals Velasco gewesen, um ihn in einen Hinterhalt zu locken. Als die Russen dichten in das Gelände vollständig eingerückt gewesen seien, wurden sie von Kavallerie und Artillerie angegriffen.

Die epizootischen Unruhen. Seit gestern ist jede telegraphische Verbindung zwischen Florina und Korça unterbrochen. Man vermutet, daß sich dort ernste Ereignisse abspielen.

Anarchistische Zustände in Albanien. Der "Tempo" meldet, daß in Durazzo vollständige Anarchie herrscht. Das Kreisrecht soll proklamiert worden sein. Der Fürst und die Fürstin von Albanien können ihr Palais nicht verlassen.

Proteststreik in Petersburg. In diesen haben Petersburg begann am Donnerstag früh wegen der Maßnahmen gegen die Arbeiterschaft ein Protestausstand. Von 800 000 Fabrikarbeitern Petersburg streiken 30 000. Besondere Kundgebungen, die bei der Einstellung der Arbeit in einigen Fabriken versucht wurden, wurden durch die Polizei verhindert.

Parteianangelegenheiten.

Der soeben veröffentlichte Jahresbericht der holländischen Partei bringt, wie vorauszusehen war, eindrückliche Daten über den Fortschritt der Partei im Wahl- und Kampfjahr 1910. Die Mitgliederzahl steigerte sich von 15 587 auf 25 890, also um mehr als 64 Prozent; die Zahl der Ortssektionen stieg von 284 auf 382. Unter den heutigen Mitgliedern sind 901 Frauen, also 18 Prozent. Von den neuen Mitgliedern wurden 8886 in der Roten Woche im November gewonnen. Die Zahl der sozialdemokratischen Parlamentsmitglieder vermehrte sich von 7 auf 15, die Zahl unserer Vertreter in den Provinzialvorständen von 24 auf 42, in den Gemeindekörpern von 171 auf 227. Dabei ist zu beachten, daß von unserer Seite nur in 177 von den 1150 Gemeinden an der Gemeindewahlen teilgenommen wurde. In diesen Gemeinden hatten 62 Sozialdemokraten sich einer Wahl zu unterwerfen; es wurden im ganzen 128 unserer Kandidaten gewählt. Die Buchhandlung der Partei hatte einen Umsatz von 9361 Gulden an Brüderbüchern.

Jugendbewegung.

Nationale Jugendstufe. Ein recht nettes Bild von der Erziehung der patriotischen Jugend gibt der "Bote aus dem Riesengebirge" vom 23. März in einem Artikel aus Hirschberg. Er schreibt:

Am Sonnabend abend feierte das riesige "Jugendkorps" Blau-blau-blau Junasturm" sein Stiftungsfest. Will der gehegte Seif wissen, wann das Fest dieser 14 bis 16 jährigen Jungen zu Ende war? Zwischen 6 und 7 Uhr früh! Mit dieser Zeit haben Freihäusler eine ganze Anzahl halbwüchsiger Jungen und Mädel, eritrete zum Teil in der bekannten Uniform, das Festlokal verlassen und — zum Teil — nach Hause — zu laufen. Die helle Empörung ist in denen, die dieses Schauspiel mit ansehen, emporgestiegen. Wie können dazu die Eltern dieser Kinder? Wenn das so körperliche und geistige Erziehung der Jugend ist, daß bis in die späten Morgenstunden gekämpft, daß offenbar dem Kloß — reichlich in reichlichen Mengen — ausgesprochen wird — letzteres vielleicht ohne Wissen der Führer, — dann danken wir ganz gehörigst für die Art von Jugenderziehung. Wenn dagegen, welche den nationalen Sinn gepackt haben glauben, sich um ihn die Jugend einzupumpen, an solchen Veranstaltungen beteiligen, dann sollen sie auch vorher darüber warnen, daß derartige Entgleisungen von vorherher vermieden werden. Und die Väter und Mütter verstehen wie nun schon ganz gut. Doch das mögen diese mit sich selbst ausmachen. Wir wollen hier nur feststellen, daß wir ein solches Vorhaben für den schwärfsten Gegensatz zu jeder künstlichen Erziehung halten. Man erkundige sich bei Gehäusleleuten, deren Kringlinge dem Fest bis zum Schlusse teilnehmen, wie diese am Sonntag nachmittag ihre Arbeit verrichtet haben.

Da haben sich die Hirschberger ja eine ganz nette Sorte kleiner Patrioten angebaut. Nur weiter so, dann wird doch schließlich die Vernunft dem großen Unzug ein Ende machen müssen.

Arbeiterjugend. Die soeben erschienene Nr. 7 des letzten Jahrgangs hat u. a. folgenden Inhalt: — Zur Feier des 1. Mai der sozialdemokratischen Jugendbewegung. — Aus der Lebenserlebnisse der sozialdemokratischen Jugendbewegung. — Von Bernhard Linck (Führung). — Recht und Gewalt (Schluß). — Das Märchen im Staatsleben. — Von Helm. (Mit Abbildungen). — Aus der Jugendbewegung. — Von Helmut (Mit Abbildungen). — Aus der Jugendbewegung. — Von Helmut (Mit Abbildungen).

Geburtstag der Sozialdemokratie. Die "Gedenkfeier zum Geburtstag der Sozialdemokratie" ist am 1. Mai in Berlin. — Walter v. Molotow. Erklärung. — Von G. Schröder. — Aus Bildern. — — Vom Wochenausgabe des Menschen. — Von Karl Radek. — Von W. M. — Das soziale Leben. — Von W. M. —

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 27. März.

Parteigenossen des Odertors!

Vom Lokale Heinrichstraße 4 aus wird Sonntag vormittag eine Hausagitation für die "Volkswoche" unternommen. Durch das aufregende Vorgehen der Polizei bei der Verhinderung der Genossen Burgund ist unserer Agitation gehörig vorgearbeitet worden. Wir brauchen jetzt nur zu ernten, wo die Polizeigewalt gesetzt hat.

Also auf zur Hausagitation! Hunderte von neuen Volkswoch-Lesern. Das ist die beste Quittung für das, was am Sonntag im Odertor geschehen ist.

Um die Jahrhunderthalle.

"Ich sei gewährt mir die Bitte, in Eurem Bunde der Bierfe", so konnte Oberbürgermeister Matting am Schluss der gestrigen Hallendebatte ausrufen und die ersten drei waren: Dr. Nitschke, Dr. Herschel und Dr. Bielschowsky! Der Staatsreferent Herr Bielschowsky hob dieses Triumvirat nicht ohne leise Ironie hervor. In der Tat blieb der blau-schwarze Block die einzige Gruppe, auf die der "liberale" Oberbürgermeister sich stützen konnte. Beifall rechts, elsiges Schweigen bei drei Bierkeln bis neun Bechtele des Hauses — war das die Signatur des Tages. Und doch hatte er sich eine so wunderschöne Rede präpariert, trug sie mit so getragenem Pathos vor und schenkte sich nicht, die ältesten Landeshüter der Sozialistenhoch mängels sachlicher Gründe aufzufahren. Bald verließ er sich zwischen durch auf die eigene Überzeugung, bald auf die allgemeine Staatsräson, welche der Magistrat sich beugen müsse. Als er mit etwas kühler Wichtigkeit schloss, wenn man die Angriffe noch so weiterspinn, dann werde er "der Rote die Schelle umhängen", antwortete ihm ob der furchterlichen Drohung schallendes Gelächter links und verlegenes Gebärdenpiel in der Mitte. Vielleicht wäre es aber doch auch ganz gut gewesen, wenn unser Fraktionsredner ihn gleich gestellt und ihm zugesessen hätte: Heraus mit Deinen Flederwisch! Dann wäre er seinen Blatensack wenigstens gleich losgeworden und brauchte ihn nicht bis zur nächsten Gelegenheit herumzuschleppen. Stadtv. Wohlauer legte in ruhigen Worten das Verfehlte der Handlungsweise des Magistrats dar, wenn er daraus auch weiter keine Schlüsse ziehen, sondern es mit dem Bedauern bewenden lassen wollte. Eine Nummer schärfer ging Stadtv. Heilberg ins Zeug, der neben dem Gesichtspunkt der Gerechtigkeit in zweimaliger Rede hervorholte, daß die Stadt über ihre Bauten selbst zu entscheiden hat, nicht der Staat. Vor allem aber ist für ihn der zukünftige Ausbau der Halle abhängig von dem Grade ihrer Verwendung. So blieben als einzige Verfehliger des Oberbürgermeisters, dessen Scheingründe und Landeshüter die Genossen Löbe und Schüßler kräftig heruntersabbelten, die genannten Worthelden der Reaktion, wobei Herr Herschel obendrein als Hüter des guten Tones arg verunglückte. Während er Genossen Löbe ein Privilissimum über die guten Formen gab, wurde er wegen eines slegelhaften Wortes zur Ordnung gerufen! Herr Bielschowsky zerflockte im Schlusswort die letzte Aussicht des Obers, indem er altemäßig feststellte, daß nicht nur der Oberbürgermeister Bender, sondern der Magistrat in seiner damaligen Begründung die Halle ausdrücklich für "Versammlungen politischer und unpolitischer Natur" bestimmt habe. Herauf wußte der sonst so gesprächige Herr Matting nichts zu erwidern. Ein sachlicher Erfolg in der Hallenvergebung konnte nicht erzielt werden, da die Entscheidung beim Magistrat liegt — es blieb nur die splendid isolation des neuen Oberbürgermeisters, an dem wir zum ersten Male Festigkeit und Fähigkeit bewundern. Sie wird aber nicht hinreichen, um zu verhindern, daß sich die Dinge eines Tages ändern. Die Konstruktion der Halle ist so solide und die Konstitution der Sozialdemokratie ist so gesund, daß beide den Tag noch erleben werden wo sie zusammenkommen — trotz Matting und seinem blau-schwarzen Kometenschweif.

* * *

Die Jahrhunderthalle.

Über den Haushaltplan der Jahrhunderthalle konnte in der vorigen Sitzung nicht abgestimmt werden, weil vor der Abstimmung die Verhandlung als beidseitiglich geschlossen werden mußte.

Oberbürgermeister Matting: Herr Bielschowsky hat die Gegenseite zwischen Magistrat und Stadtverordnetenversammlung bedauert, sowohl es sich um die Verwendung der Halle handelt. Ich glaube auch, daß die Gegenseite unüberbrückbar sind. Der Magistrat rechnet mit einer Förderung der Sozialdemokratie auch dann, wenn ihnen die Halle nur mittelbar zur Verfügung gestellt wird. Ich glaube, wir dürfen auf eine Auseinandersetzung in diesem Falle verzichten. Tatsächlich hat die Staatsbehörde über ihre Aussicht keinen Zweifel gelassen, besonders in den Verfassungen nach meinem Eintritt in Breslau. In solchen Fragen dürfen nicht lokale Instanzen und abwegige Erwägungen entscheiden, sondern die der Staatsräson in einer Frage nämlich, wo nur Straße Grundlage zum Ziele führen können. Deshalb muß die Rentabilität der Halle an zweite Stelle rücken. Selbst, wenn das richtig wäre, was Herr Bielschowsky sagt, daß uns politische Versammlungen, die doch nur die Sozialdemokratie verankern können, finanziell nützen, müßte die Vergabe abgelehnt werden. Ich bin leider außerstande, einen Weg zu weisen, der zur Verständigung führen könnte. Herr Löbe hält eine ausführliche Befreiung in der Offenlichkeit als nötig, und Sie werden es mir deshalb nicht verstehen, wenn ich eine zweifelsfrei Sprache habe. Herr Löbe fragte mich, ob der Magistrat von neuem über die Verwendung der Halle entschieden hat. Ich verneine das. Der Magistrat kann keine Vorschriften von der Stadtverordnetenversammlung über die Verwendung der Halle entgegennehmen. (Hört, hört!) Wenn keine Verständigung eintrete, bleibt das Veto des Magistrats bestehen, bis er zu einer anderen Meinung kommt. Deshalb können wir zunächst den Beschluss vom 29. November 1913 nicht aufheben. Ich werde alle Mittel anwenden, um den bestehenden Beschluss des Magistrats aufrecht zu erhalten. (Hört, hört!) Dann hat Herr Löbe wieder das Wort vom Oberbürgermeister geprägt, der einen erheblichen Teil der Bürger als niederen Rechts ansieht. Das trifft nicht zu. Der Magistrat hat Ihnen keine Handhabe zu diesem Vorwurf gegeben, denn er hat auch die anderen Parteien unter dasselbe Gesetz gestellt. Es kommt der Zeitpunkt eintreten, wo die gleiche Behandlung der Sozialdemokratie mit den übrigen Parteien nötig ist, so bin

ich bereit, meine Ansicht zu ändern. Die Worte von einer Verleihung der Gerechtigkeit und des niederen Rechts fordern doch eine Abwehr gegen Leute, die selbst harten Terrorismus bei Streiks üben. (Entlastungsrede bei den Sozialdemokraten.) Dann die Verleihung der Selbstverwaltung. Wenn wir uns einem Wunsche der Staatsverwaltung folgen, so gibt es keine Verleihung der Selbstverwaltung. Wenn die Bürgerlichen Parteien so zusammenhielten, wie Sie (zu den Sozialdemokraten) mit den rücksichtslosen Mitteln des Zwanges, dann würde es besser für uns die bürgerlichen Parteien. Auf diese allgemeinen Grundsätze will ich mich zunächst beschränken, aber sollte es zu weiteren Erwiderungen genötigt sein auf die Angriffe des Herrn Löbe, dann würde ich der Halle die Schelle umhängen, und wir werden ja dann sehen, wer zuletzt lacht.

Stadtv. Löbe: Wenn das für die Dauer gelten soll, was vom Oberbürgermeister ausgeführt wurde, dann hat Herr Kollege Haude recht, dann ist es schade um jeden Pfennig, der weiter noch für die Halle ausgegeben wird. Der Oberbürgermeister sieht in der Hergabe der Halle an uns eine gesetzliche Förderung der Sozialdemokratie. Wir haben schon früher erwidert, daß die Erbitterung über die Verweigerung der Halleförderung auf uns wirkte als die Hergabe. Im übrigen werden wir die Halle nicht so oft benutzen können, als mancher glaubt, und als Gesetz haben wir ja immer die Versammlung unter freiem Himmel. In dem Punkte haben wir also ruhige Übersicht. In die Sozialdemokratie ist das unschuldige Produkt unverantwortlicher Herkunft, dann wird sie untergehen auch mit der Halle, ist sie das unlösliche Ergebnis der gesellschaftlichen Entwicklung und der Klassenbildung, dann wird sie fortschreiten auch ohne die Halle. (Sehr richtig!) Also die Hoffnung, daß der Oberbürgermeister durch seine Verzerrung unsere Partei erschlagen würde, die muss ich Ihnen rauben. (Sehr richtig!) Aber es ist auch eine falsche Annahme, daß wir hier eine persönliche Attacke gegen Herrn Matting führen, denn unsere Angriffe werden ihm höchstens von Augen sein. Jeder Vorwurf, den wir gegen ihn erheben, wird ihm auf einer Seite, an deren Werthöhung ihm wahrscheinlich mehr liegt als an unserer, in den Verlust der guten Bezeichnung bringen. Wenn aber der Oberbürgermeister meint, daß er Wünsche des Staates erfüllt, so steckt hoffentlich keine bindende Vorschrift von Instanzen vor, die über die Halle nichts zu sagen haben. Das kann nicht sein, denn die Methode Matting wird in anderer Orten nicht befolgt, die Versammlungen unserer Freiwilligen finden sehr oft im Exportware Park statt, der Eigentum der Stadt Berlin ist, und die Altkontrollen in der Umgegend von Breslau geben uns ja auch die Genehmigung zu Versammlungen unter freiem Himmel, während uns der Oberbürgermeister der Stadt Breslau die Halle verweigert. Wenn er sagt, die Versammlung kann das Recht des Magistrats nicht fürzten, so mag das richtig sein, aber das kann die Versammlung dann ihr Stadtrecht benutzen und die Mittel verweigern für Zwecke, die den Interessen der Breslauer Bürger zuwidern. Wenn er davon sprach, daß er den gegenwärtigen Zustand mit allen Mitteln aufrecht erhalten will, so wäre es interessant zu hören, ob dazu auch das Mittel der Denunziation bei den offiziellsherrschenden Kräften gehört. Eine gleichmäßige Behandlung ist durch den gegenwärtigen Beschluss des Magistrats nicht erbracht, jedes bürgerliche Bürgerfest kann in der Halle stattfinden, das Arbeitersängerfest nicht. Darin liegt eben die Degradierung zu Bürgern zweiter Klasse, die man uns gegenüber verleiht. Wir gleichberechtigte Bürger werden durch den Schuhmannsarm des Oberbürgermeisters von der Halle ausgeschlossen, weil wir politisch verbächtig sind. Darin liegt eben die Kränkung und Demütigung, die jeder empfinden muß, der sich in unsere Lage versetzt. Wenn jemandem von Ihnen die Nutzung der Halle verweigert würde, weil er Katholik oder auch Jüdische ist, dann würde er die Rechtung wie wir empfinden. Das ist der einzige Grund, weshalb wir denen, die uns zu Bürgern zweiter Klasse machen, mit solcher Erbitterung, ja mit Hass gegenübertreten müssen. (Lebhafte Beifall b. d. Soz.)

Oberbürgermeister Matting: Ich habe mir das Wort erbeten, um mit alter Entschiedenheit das Wort vom Wortbruch zurückzuweisen. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Es ist aber richtig.) Es bleibt, ich bin auch mit den Stimmen der Sozialdemokratie gewählt worden. Die Stimmen waren mir sehr angenehm, aber gebührt habe ich darum nicht. Wenn Sie glauben, ich will Sie mit der Halle totschlagen, so trifft das nicht zu. Keistige Bewegungen kann man nicht totschlagen; aber zwischen totschlagen und fördern ist ein großer Unterschied. Es wird weiter so ausgelegt, als wenn es mir um die Verbindung der guten Besinnung noch euchen zu tun wäre. Nein, ich spreche aus meiner Überzeugung heraus. (Beifall bei den Konservativen und Liberalen.) Ich habe nur gesagt, daß bestimmte politische Anordnungen gegen die Nutzung der Halle durch die Sozialdemokratie vollzogen, aber die vorhandenen Verfassungen sagen uns, daß wir die Halle den Sozialdemokraten nicht geben dürfen. Die Städte sind Herren des Staates und müssen sich deshalb den Anordnungen des Staates fügen.

Stadtv. Wohlauer (lib.): Ich will jedes aggressive Wort vermeiden, aber es tut mir leid, daß der Magistrat durch seinen Standpunkt die Bürgerschaft so sehr enttäuscht. Was aus den Mitteln der gesamten Bürgerschaft entsteht, muß auch allen dienen. Für mich stehen die praktischen Erwägungen nicht an erster Stelle, sondern die Gerechtigkeit. Wie man mit Saalabtreibungen gegen die Sozialdemokratie nichts ausrichtet, so steht es auch hier. Ich will nicht untersuchen, was die Sozialdemokratie so groß gemacht hat, viel aber hat dazu beigetragen, daß man ihr nicht Gerechtigkeit widerfahren ließ. Die Mittel zum Ausbau können wir nicht gänzlich verweigern, wir müssen die Halle vielmehr so weit herstellen, daß sie zu irgend einem Zweck zu gebrauchen ist.

Stadtv. Dr. Heilberg führte aus, daß als markanter Punkt in der Erwähnung des Magistrats das Gebot der Staatsräson maßgebend sei. So steht die Sache nicht. Nur wenn der Magistrat aber den Wunsch der Regierung für berechtigt anerkennt, so lasse sich nichts dagegen machen. Wir werden indessen ununterbrochen und dauernd den Versuch machen, den Beschluss des Magistrats zu ändern, diesen zu überzeugen, daß er auf einem grundsätzlich falschen Standpunkt steht, falsch auch aus Gerechtigkeit, und wir haben die Hoffnung, daß wir ihn eines Besseren belehren werden. Wir sind nicht der Meinung des Kollegen Wohlauer über die Frage des Ausbaues, so führt er fort. Selbstverständlich soll von Verkürzungspolitik nicht die Rede sein, aber wie werden uns die Fragen vorlegen müssen, in welchem Umfang kann die Halle nutzbar gemacht werden, und davon werden wir die Entscheidung über den Ausbau abhängig machen.

Stadtv. Nitschke (cons.): Ich bin mit dem Beschuß des Magistrats einverstanden, weil alle Parteien von der Nutzung der Halle ausgeschlossen sind. Wenn heute hier Vergleichung gemacht werden, so sind das Mediensarten, so auch die Worte von der Saalabtreibung. Wenn z. B. die Gesellschaft zoologischer Gärten ihren Saal den Sozialdemokraten gibt, so habe ich gar nichts dagegen; doch die Stadt hat andere Aufgaben. Und gegenüber der Sozialdemokratie müssen wir uns doch anders stellen. Das Ziel der Sozialdemokratie ist die soziale Demokratie. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Schiedlich!) Glauben Sie nicht, daß ich davon Angst habe. In Deutschland wird eine soziale Demokratie niemals kommen und wenn es durch Eisen und Blut geht. (Lebhafte Beifall b. d. Soz.) So, wir treiben hier auch Sozialpolitik, und wir haben sie getrieben ohne die Partei da drüben. Wir machen die Sozialpolitik nicht der Sozialdemokratie zu Liebe, sondern den Arbeitern zu Liebe. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Und die Halle?) Sie haben gar kein Recht auf die ganzen Bauten. Wenn Sie sich werden so weit gemacht haben, daß Sie die soziale Politik so weit lassen, dann werden wir Sie anders behandeln. (Gesichter bei den Sozialdemokraten.)

Stadtv. Löbe (soz.): Auf Herrn Dr. Nitschkes Parteisekretärrede will ich nicht näher eingehen, sondern ich muß eins ins Gedächtnis rufen: Als nach 1813 bis 1848 der Ruf nach einem

Deutschen Reich erschallte, dann antworteten die Hosenanzüge: Ihr und Eure Kinder werden nicht erleben, aber das Reich ist doch gekommen. So geht es auch mit der demokratischen Republik. Eine weitere Antwort läuft sich nicht, es genügt, daß Herr Dr. Nitschke bis jetzt der einzige Verteidiger des Oberbürgermeisters ist. Ihm gegenüber kann ich nur sagen, so sehr er auch gegen den Ausbruch Wortbruch protestiert, ich muß ihn gegen den Magistrat voll und ganz aufrecht erhalten. (Lebhafte Beifall b. d. Soz.) Das und gegenüber ein Wortbruch vertüft worden ist, das haben mir Angehörige aller Parteien des Sozies, die des Herrn Nitschke eingeschlossen, aus eigenem Autore eugegeben (Sehr richtig!).

Stadtv. Herschel (ler.): Es ist schwer, hier eine Einigung der bürgerlichen Parteien herbeizuführen, nachdem am Sonntag Herr Mann von einem Zusammensehen der Liberalen und Sozialdemokraten gesprochen hat. Doch es muß Verwigdung gegen die Form der Ausschüsse des Herrn Löbe eingelebt werden, wenn von Parteisekretär der Konservativen, vom Wortbruch, von Denunziation usw. geworben wird. Da muß ich sagen, es ist schlimm, daß sich ein Mann, wie der Oberbürgermeister so anpöbeln lassen muß. (Lebhafte Beifall b. d. Soz.) Der Magistrat war offenbar in einer Zwangslage und konnte nicht anders als geschehen handeln. Er hätte im übrigen auch nur sagen brauchen, ich habe das Verfügungsrecht über die Halle und das genügt. Das liegt durchaus im Sinne der Selbstverwaltung der Stadt. Wir werden die Mittel bewilligen müssen, die eine zweckmäßige Ausgestaltung erfordert, damit wir nicht ein totes Kapital daliegen haben. (Spöttisches Bravo bei den Sozialdemokraten.)

Der Vorsitzende rügt den Ausdruck Anpöbeln in der Rede des Stadtverordneten Herschel.

Oberbürgermeister Matting: Ich habe den Widerspruch gegen den Wortbruch nicht für mich erklärt, sondern für den Magistrat. Die Annahme ist unrichtig, daß die Halle allen Parteien verboten wurde. Im übrigen bin ich immer gegen alle Injektionen des Herrn Löbe.

Stadtv. Löbe: Herr Herschel hat sich als Hüter des guten Tones aufgeworfen, wie sehr er sich dazu eignet, beweist der Umstand, daß er einzige ist, der zur Ordnung gerufen werden mußte wegen Verstoßes gegen den guten Ton. (Sehr richtig und heiterkeit.) Wenn er Lehren über die Behandlung des Oberbürgermeisters ausstellt, hat er dazu in seiner Gruppe Gelegenheit genug, denn aus ihr heraus wurde dem Oberbürgermeister zuerst der Vorwurf der Streiterei gemacht. Auf die Eigenschaft des konservativen Parteisekretärs habe ich nur hingewiesen, weil Herr Dr. Nitschke nichts über die Halle gesagt und nur eine konservative Befürde hielt. Die wehmütigen Ermahnungen zur Sammlung kann Herr Herschel auch an seine eigenen Parteifreunde richten, z. B. in Bayern, die nur dann gegen ein Bündnis mit Sozialdemokraten sind, wenn ihnen die Trauben zu hoch hängen.

Stadtv. Nitschke (cons.): Das Wort anpöbeln ist gerügt worden, es sind aber von anderer Seite viel schärfere Ausdrücke gefallen. Uns gegenüber bedient man sich der größten Schärfe, der Sozialdemokratie gegenüber aber zeigt sich die Schärfe des Bürgertums. Ich gehöre nicht zu denen, die immer Politik in die Sache hineinbringen. (Gesichter.) Sie mögen den Mund sowieso aufsetzen, wie Sie wollen. Ich stimme dem Herrn Oberbürgermeister vollkommen zu und es war gut, daß er den Sozies so die Meinung sagte. Bei der Arbeitslosenunterstützung werde ich sie ihnen auch noch sagen. (Gesichter.)

Stadtv. Dr. Heilberg will keinen Zweifel darüber lassen, daß nach seiner Auffassung nicht die Staatsregierung, sondern die städtischen Behörden über die Verschleierung der Halle zu verfügen hätten. Der Weitblick über die Verschleierung der Halle bedeutet eine Konsequenz des Oberbürgermeisters.

Oberbürgermeister Matting: Ich möchte dem gegenüber nur erklären, daß die Jahrhunderthalle ganz anders zu beurteilen ist, als eine Turnhalle.

Stadtv. Löbe (Soz.): Sie mögen reden, was Sie wollen, den Wortbruch schaffen Sie nicht aus der Welt. Die Halle wäre ohne uns überhaupt nicht gebaut worden. Herr Bender hat auf unsere Befragung und auch auf die des Herrn Herschel zum zweiten Male erklärt, daß die Halle allen Bürgern zur Verfügung stehen würde. Und als Oberbürgermeister habe die Eröffnung abgelehnt, wußte er den Magistrat auf seiner Seite. Herr Stadtbaurat Berg wäre heut nicht der berührte Mann, der er durch den Hallenbau geworden ist, wenn wir nicht dafür gewesen wären. (Heiterkeit.) Er hat dem Hallenbau neue Wege gewiesen, aber wenn er an seinen Erfolg denkt, will er hoffentlich auch daran denken, daß die Sozialdemokratie ihm die Wege geblieben haben. (Großes Heiterkeit.) Zu der heutigen Stellung des Oberbürgermeisters scheint Herr Nitschke das Material geliefert zu haben. Das war alles aus Reichsverbandesklöstern herausgelesen. Es ist bezeichnend, daß ein Mann, dem ein so guter Ruf vorausging, zu einer solchen Auffassung beim Liberalismus gekommen ist. (Sehr richtig.) Er wird mit sich zu Rate gehen müssen, der Erst von wo ihm Beifall wurde, wird ihm das wohl lehnen. Der Oberbürgermeister erläuterte, er werde mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln dafür eintreten, daß der bisherige Magistratsbeschuß aufrecht erhalten bleibt. Damit hat er den Magistrat zur Partei gestempelt und ich frage auch, ob das nicht Terror ist. Und kann der Oberbürgermeister nicht schreiben, wenn sein Verhalten wirklich agitatorischer für uns als alle Reden. Wenn er Gelegenheit nehmen wollte, einmal unter der Bürgerschaft herumzuhören, er würde Dinge vernehmen, die seinen Ehre sehr unangenehm klingen würden. Wundern muß man sich, wo Herr Herschel den Mut zu seiner Rede hergenommen hat. Keine Partei ist so gereizt wie die seine und in seiner Partei herrscht ein solcher Ton wie innerhalb des Zentrums. Die Sozialdemokratie ist der Hals, an dem der Klassenstaat zerhellen wird.

Oberbürgermeister Matting: Ich wiederhole, daß ein Wortbruch nicht vorliegt. Herr Bender hat nur gesagt, "wenn die Halle überhaupt an politische Parteien vergeben wird, dann, so weit mein Einfluss reicht, auch an die Sozialdemokratien. Ich siehe hier in dem Gefühl, daß ich nach Recht und Gewissen handle. (Lebhafte Beifall.)

Stadtv. Müller: Ich bin seit 20 Jahren Magistratemitglied und muß erklären, daß es einen Terrorismus beim Magistrat nicht gibt. (Der Oberbürgermeister drückt dem Medien "die Hand.")

Stadtv. Bielschowsky (cons.): Ich, der ich seiner Meinung des Wortbruchs über die Frage des Ausbaues, so führt er fort. Selbstverständlich soll von Verkürzungspolitik nicht die Rede sein, aber wie werden uns die Fragen vorlegen müssen, in welchem Umfang kann die Halle nutzbar gemacht werden, und davon werden wir die Entscheidung über den Ausbau abhängig machen.

Stadtv. Herschel (ler.): Die Schlußworte des Herrn Schick haben doch gezeigt, daß die Sozialdemokratie beobachtet, die heutige Gesellschaft zu zerstören. Ich frage Sie alle, wo liegen alle die Städte? (Zuruf des Stadtv. Löbe (Soz.): Bei den Schwarzen.) Der Schwarze lenkt den Mann, der ihn tat. Dem Magistrat kann der Vorwurf des Wortbruchs nicht gemacht werden. Ich darf sagen, es heißt die Sozialdemokratie nicht als minderen Meister behandeln, wenn Ihnen die Halle nicht gegeben wird. Nur saggen bitte ich, die Halle zunächst unpolitisch Verhandlungen zugelassen zu machen.

In seinem Schlußwort bemerkte der Vertreterpartei Stadtv. Bielschowsky, daß der Magistrat dem Kriegsbesuch von Herrn Bielschowsky nicht folgen wird, die Halle nur den Sozialdemokraten zu verweigern, alle anderen aber zugelassen. Es glaubt, daß der Magistrat in Auffahrt überzeugen wird, daß er auf einem falschen

Landpunkte ist, was ihm besonders auch die Tatsache sagen mögliche Wissenswertes nur erhalten hat von Witze, Geschicht und Bildern. Es will nicht von Wortbruch sprechen; für mich handelt es sich um die Begründung des Dörfelbans, wo gesagt wird, daß auch große politische Versammlungen und andere politische Veranstaltungen in der Halle erlaubt sein sollen. Das ist das wesentlichste, was behaupten die leidige Stellungnahme des Magistrats und hoffen auf bestätigung.

Der Rat der Jahrhunderthalle wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten vorläufig festgesetzt.

Über den Etat des Marktesens berichtet Stadt. Melde (Kons.) und ersucht um vorläufige Festsetzung.

Stadt. Oefel erklärt die Einnahmen und Ausgaben des Marktesens und erklärt dann, daß es unmöglich ist, auf der Galerie des Marktesens in der Gartstraße den Arbeitsnachweis unterzubringen.

Stadt. Jäsch (Ab.) bittet, in die Markthallen-Deputation auch einen Gemeinschaftsrat zu wählen.

Der Rat wird vorläufig festgesetzt.

Beim Etag der öffentlichen Bäder ersucht Stadt. Höfle (Soz.), in der Gegend von Kriesten wenigstens ein Licht- und Sonnenbad einzurichten, da sich die dortigen Teiche für eine Badeanstalt nicht eignen.

Stadt. Hoffmann (Kons.) bat um Errichtung eines Brausebades in der Ohlauer Vorstadt. Der Rat wurde vorläufig festgesetzt.

Beim Etag der Gaswerke bedauert Stadt. Jeron (Aler.), daß der Gaspreis nicht von 18 auf 18 Pf. herabgesetzt sei; Stadt. Hamburger (Ab.) daß ein besonderes Direktorat für die Gaswerke geschaffen wird. Die Verantragung stimmte dem Rat zu und bewilligte auch die Mittel zur Beschaffung von Gasmeister und zur Erweiterung des Rohrnetzes.

Zur Erweiterung der Elektrizitätswerke wurden 870000 Mark bewilligt.

Das unbebaute Grundstück Gabiustraße 143, in der Größe von 1546 Quadratmetern, wird für 15 460 Mark angekauft.

Einem Dringlichkeitsantrag, die Räume im 1. Stock des Hauses Joachimstraße 22 für Schulzwecke der Kaufmännischen Fortbildungsschule zu mieten, wurde zugestimmt. Der jährliche Mietpreis beträgt 1800 Mark.

Ein weiterer Dringlichkeitsantrag ging dahin, zur Aufzähnung weiteren städtischen Geländes in Staupe noch Böbenhausen (etwa 65000 Kubikmeter) aus dem in Ausführung begriffenen Hochwasserflutbele zu entnehmen. Die Kosten sollen 16 000 Mark betragen. Der Antrag wurde angenommen.

Die Sitzung war von 6½ bis 7½ Uhr achtzig, wurde dann noch einmal geöffnet und erreichte um 7½ Uhr ihren Schluß.

Die Lage des Hypothekenmarktes.

Die „Wirtschaftliche Korrespondenz“ schreibt: Die günstige Entwicklung des Geldmarktes läßt erwarten, daß auch der in den letzten Jahren ganz vernachlässigte Hypothekenmarkt sich bald größerer Beachtung erfreuen dürfe. Die jetzigen Missstände auf dem Hypothekenmarkt entstanden zum Teil durch das immer mehr um sich greifende Verständen der Mieten und das Ueberfragen der Hypothekenzinse, wodurch besonders die Beschaffung von zweiten Hypotheken erschwert, ja in vielen Fällen unmöglich wurde.

Doch sich die Not der zweiten Hypotheken in verhältnismäßig kurzer Zeit so stark fühlbar machen könnte, liegt hauptsächlich daran, daß im Gegensatz zur ersten Stellung auf dem Gebiete der zweiten Hypothek jede Organisation gefehlt hat. Für die zweistellige Belebung kam im wesentlichen das Kapital einzelner Kleinerer Geldgeber in Frage. Und als die Meingung dieser privatkapitalistischen Kreise, Gelder auf zweite Hypotheken auszuleihen, durch die erwähnten Missstände ins Banken geraten war, da folgte jene Erschütterung, von der namentlich der Markt der zweiten und drittstelligen Hypotheken gefährdet betroffen wurde.

Bei dieser Sachlage hat es denn auch nicht an Versuchen gefehlt, die gegenwärtig für erstellige Hypotheken in Betracht kommenden Institute für den Markt der zweiten Hypotheken zu erwärmen. Namentlich handelt es sich hier um Bestrebungen, die darauf hinzuzeigen, die Sparkasse einzeldert zum Teil für die zweiten Hypotheken nutzbar zu machen. Das Verfahren, das einige Städte eingeschlagen haben, besteht darin, daß Sparkassenbücher über mindestens 3000 Mark bei der städtischen Hypothekenkasse mit dem Antrag hinterlegt werden können, die Werte auf zweite Hypotheken anzulegen, wofür die Stadt die selbstschuldnerische Bürgschaft übernimmt. Bis zur hypothekarischen Anlegung werden die in den hinterlegten Sparkassenbüchern eingetragenen Beträge mit dem bei der Sparkasse üblichen Zinsfuß verzinst. Von dem der Anlage folgenden Tage an werden die Hypothekenbeträge mit etwa 4½ Prozent verzinst.

Ein anderer Versuch, der vorhandenen Verlegenheit abzuhelfen, zielt auf die Einrichtung städtischer Hypothekenämter. Das von der Stadt Frankfurt am Main gegründete Institut will sowohl Hypotheken zur ersten und zweiten Stelle geben und sich das hierzu erforderliche Kapital teils durch Maleihen, teils von privater Seite verschaffen, wie auch die Vermittelung von Hypotheken und die Bürgschaft für von dritter Seite gegebene Hypotheken übernehmen. Das Amt gibt erste und zweite Hypotheken zum Höchstbetrag von 60 Prozent und 80 Prozent der Länge. Zweite Hypotheken werden jedoch nur für Bauten genährt, die gemeinnützigen Zwecken dienen, oder für Häuser mit Wohnungen von höchstens je fünf Zimmern unter Berechnung der Bauten mit kleinen Wohnungen. Solche Wohnungen dürfen wohl, wenn sie allgemeine Anwendung finden würden, auf die privaten Geldgeber aus ihrer bisherigen Zurückhaltung heranstreben lassen.

14 Millionen versicherte Angestellte.

Über die Angestelltenversicherung, die am 1. Januar 1918 in Kraft getreten ist, liegen jetzt die ersten amtlichen Zahlen vor. Danach sind 1 424 603 Angestellte versichert. Von diesen kommen 1 007 070 auf das männliche und 417 533 auf das weibliche Geschlecht. Die männlichen Angestellten kommen auf den Bezirk der Ober-Polizeidirektion Berlin mit 218 131. Es folgt der Bezirk Düsseldorf mit 101 583, Hamburg 81 333, Dresden 50 214, Leipzig 54 290, Chemnitz 48 661, Frankfurt a. M. 42 708, Dortmund 45 069, Stuttgart 43 851, Köln 43 603, Dresden 42 708, Magdeburg 35 258, Erfurt 31 288, Würzburg 31 258, Karlsruhe 33 533 u. a. Die geringste Zahl von Versicherten hat der Bezirk Posen mit 2785.

Einen Nutzen von der Versicherung haben die Angestellten zunächst nur in Gestalt des Heilverfahrens. Anträge auf dieses hat die Reichsversicherungsanstalt seit April 1913 angenommen. Bis zum Schlusse des Jahres gingen 10 164 solcher Anträge ein, von männlichen Angestellten 7127 oder 68 Proz., von weiblichen 3337 oder 32 Proz. Im Verhältnis gingen die meisten Anträge im Bezirk Cassel mit 27,6 auf 1000 Angestellte ein. Das Heilverfahren selbst wurde in 6892 Fällen genehmigt und begonnen, in 1448 Fällen abgelehnt, in 759 zurückgezogen und in 26 Fällen durch den Tod erledigt. Von den genehmigten Anträgen kommen auf Bahnhofverfahren 1963 oder 28,48 Proz., auf andere Heilverfahren 4929 oder 71,52 Proz. Eine Einweisung in Lungenheilstätten geschah in 2031 Fällen, in Sanatorien in 1394 Fällen, in Bäder in 815 Fällen, in Krankenhäuser, Kliniken u. v. in 178 Fällen; Zuschüsse zur Durchführung einer Kur wurden in 511 Fällen gezahlt. Ausgegeben wurden dafür im ganzen 1 530 903 Mark.

Der Konsum- und Sparverein „Vorwärts“

veranstaltet am nächsten Sonntag (29. März) in allen Bezirken eine Agitation zur Gewinnung neuer Mitglieder. Tausende von Arbeiterschäften sind noch für die moderne Genossenschaftsbewegung zu gewinnen. Besonders für die minderbemittelte Bevölkerung ist es eine dringende Notwendigkeit, sich dem „Vorwärts“ anzuschließen, weil dieser Verein besteht ist, bei der Wartevermittlung alles auszuhalten, was die Waren unendlich verteuert, und weil er seiner Käufer ist, die hauptsächlichsten Bedarfssachen in eigenen Betrieben herzustellen. Händler und Fabrikanten sind in Verbänden und Ringen vereinigt. Es ist deshalb ein Gebot der Selbstbehauptung, daß sich auch die von unsumenten zusammenschließen.

Was die Genossenschaft in der Gestaltung der Lebens- und Arbeitssiedlungen bedeutet, das bedeutet die moderne Genossenschaft für die Warenversorgung. Würde die Arbeiterschaft ihr Kaufmarkt nicht so unvollständig zerstören, es könnte viel, sehr viel für sie geschaffen und getan werden. Was die organisierte Kaufkraft zu schaffen vermögt, sehen wir in fast allen größeren Orten im übrigen Deutschland. Neben den vielen Warenverteilungsstellen stehen wir dort richtige Fabrikationsbetriebe und schöne Arbeitersiedlungen entstehen. Ebenso haben viele dieser modernen Konsumvereine Kunden geschaffen, aus denen die Mitglieder in Notfällen schöpfen können.

Alles das wollen und müssen wir uns auch in Vorsicht schaffen. Die Kämpfe, denen die Arbeiterschaft entgegensteht, werden größer und schwieriger. Es muß deshalb für Rückendeckung gesorgt werden. Von den gegnerischen Geschäften haben wir nichts zu erwarten. Die Selbsthilfe hat sich für die Arbeiter von jenseit als das Beste erwiesen. Auf einen Sieg fällt kein Baum. So auch hier.

Eine junge Genossenschaft hat mit vielen Widerrichtigkeiten zu rechnen; deshalb darf man keine Erwartungen in der ersten Zeit nicht übermäßig sperren. Wenn aber alle Arbeiterschäfte im „Vorwärts“ laufen, dann dürfte sich auch hier zeigen, welch gewaltige Kraft der modernen Genossenschaftsbewegung innenwohnt.

Am Sonntag werden noch fleißige Helfer gebraucht. Es ist zu erwarten, daß sich noch viele Mitglieder in ihrer Verkaufsstelle für die Agitation am Sonntag melden.

Die Arbeitswilligen der Linke-Hofmann-Werke.

In der Sitzung des Geheimergerichts am 26. März wurde ein Streitfall verhandelt, der aller Deutlichkeit zeigt, daß in den Linke-Hofmann-Werken schlimme Zustände herrschen müssen.

Der Arbeiter Jungnadel aus Barmen klagte gegen das Werk auf Zahlungen von 82 M., und zwar verlangte er die im Vertrage angelegte Prämie von 10 M. für die Woche, freie Rücksicht nach Barmen und auch eine Entschädigung für die Arbeit in den Nachhunden. Der Vertreter der Firma beantragte die Abweisung der Klage, weil der Käger garnicht entlassen sei, sondern noch in Arbeit steht. Nach dem Arbeitsvertrag habe er überhaupt die Prämie nur zu verlangen, wenn er bis zur Beendigung des Kreises arbeitet. Der Käger erklärte dagegen, daß er vollen Grund habe, die Arbeit niedergelegen, weil er bei den Zuständen, die in den Linke-Hofmann-Werken herrschen, sein Leben und seine Gesundheit gefährdet sei. Auf die Frage des Vorsitzenden Magistratspräsident Ecke in Berg, wie sein Leben gefährdet sei, führte der Käger folgendes an: Es würden im Betriebe gewöhnliche Hazardspiele getrieben. Es entstehe dadurch Zauf und Streit und der Gendarmerie werde dabei gewöhnlich jedesmal zu Hilfe gerufen, der gleich mit geladenem Revolver hantiere. Wie leicht könnte so ein Revolver, bemerkte der Käger, losgehen, und es sei niemandem zu verdanken, wenn er sich davor wünscht. Wenn er Spieler verlieren, dann kann es sich und seinen wegen Lohnverhöhung vorstellen werden. Da müßt sich aber der Materialienverwalter immer ein und will das hintertreiben. Das Urteil in dieser Sache wird am 31. März vor vollbesetztem Gericht gefällt werden.

In dieser Sitzung wurde noch ein zweiter Fall gegen die Linke-Hofmann-Werke verhandelt. Es lagte der Stellmacher Stellinghmann aus Zahlung von 96 M. Der Mann ist entlassen worden, weil er furchtlosen Radau gemacht haben soll. Er ging am Sonnabend mit einigen seiner Arbeitsbrüder aus und kam spät heim in der Nacht. Einem Beamten der Wach- und Schieß-Gesellschaft, der ihn aufforderte, ruhig zu sein, gehörte er nicht; es eilten mehrere Aufseher herbei, aus die er auch nicht hört und weiter faulzierte. Montag kam er erst nachmittags gegen 2 Uhr zur Arbeit, wurde aber in die Fabrik nicht hinzugelassen. Ein Betriebsinspektor, der die Direktion vertrat, beantragte die Abweisung. Zuerst Arbeitsvertrag, den Käger unterzeichnet, erfolgt die Entlassung, wenn die Arbeit ungehorjam und mit den Weisungen der Vorgesetzten nicht folge geben. Der Käger sei ein gewalttätiger Mensch und wegen Meierstecherei schon festhaft. Er hätte sich gewiß beim Standort des Messers bedient, wenn ihm nicht zwei andere Arbeiter davon abgehalten hätten. Der Käger bestritt, bestraft zu sein; er sei auch kein Messerheld. Wenn er gewußt hätte, daß die Fabrik Leute wegen einer solchen Geringfügigkeit entlässt, dann wäre er sicher nicht nach Breslau gekommen, Streikarbeit zu verrichten. Der Vertreter lehnte jede Einigung ab. So wird am 30. März vor vollbesetztem Gericht das Urteil gefällt werden.

Herr Dr. Eichberg ist wirklich um seine Arbeitswilligen nicht zu benebeln. Ja, es sind wirklich sehr nützliche Elemente, diese Arbeitswilligen.

* Segeberger wurde ein Fürsorgejögling, der einen Überzieher getötet hat. Werner ist eine Nährzelle festgenommen worden, die im Herbst 1918 von einem Kürschnermeister elf Beile zur Blutsvertheidigung erhielt, diese aber versteckt und das Geld für sie verbraucht. Sie hatte Breslau verlassen und ist erst jetzt wieder hierher zurückgekehrt. — Auch ein Arbeiter, der im Februar 1918 aus einem Tempel des Großindustrievertretungen neuen Zeitungskaufhaus gestohlen hat, ist jetzt ermittelt und festgenommen worden.

Die Parfisaldekorationen

des Breslauer Stadttheaters bildeten am Donnerstag den Gegenstand einer Verhandlung vor dem hiesigen Strafgericht für Überlebensfahnen. Der Intendant Herr Rünne hatte 6 Mark angestellt erhalten, weil am 3. und 8. Januar d. Js. die für das Bühnenweihnachtspiel „Parfisal“ bestimmten Dekorationen (Kulisser, Säulen etc.) im Bühnenraum gelagert haben. Eine für die schlesischen Theate geplante Regierungspolizeiverordnung vom 18. Juni 1909 schreibt vor, daß die Theatertdekorationen in einem vom Theater gesonderten Raum lagern müssen. An sich hat die Verordnung den guten Zweck, die Feuergefahr in den Theatern, wenn auch nicht ausschließen, so doch herabzumindern. Herr Rünne hatte gegen den Strafgericht Einspruch erhoben, und machte jetzt vor dem Strafgericht zu seiner Verteidigung geltend, um die fragliche Zeit sei „Parfisal“ in regelmäßigen Zeitäbländern ausgeführt werden und da sei es nicht gängig gewesen, die Dekorationen periodisch aus dem Theater in den Lagerraum am Berliner Platz und von dort wieder zurückzutransportieren. Ein so vielfaches Transportieren wäre gezwungen gewesen, da etwa 10.000 Mark stehende Dekorationen zu ruinieren. Die Ausstattungsstücke seien auch so aufbewahrt worden, daß zwischen den Umstossungswänden und dem eigentlichen Bühnenraum ein breiter Gang gewahrt blieb. Am Feste eines Wanders hätte man also durchaus nicht mit Hindernissen zu rechnen gehabt, da die Bühne trotz genug ist. Der Amts-anwalt stellt eine Erhöhung des Strafes auf 30 Mark für gebeten, da bei der Durchführung der genannten Verordnung sehr wichtige Interessen des Publikums auf dem Spiele ständen. Das Gericht kam deshalb zur Entschließung Rünnes, weil es annahm, daß von einer „Fazitierung“ im Sinne der angezogenen Bestimmung nicht gesprochen werden könne. Der Vorsitzende stellte aber Herrn Rünne an, daß er voraussichtlich einen neuen Strafgericht bekommen werde, da nach seinem eigenen Angabe feststehe, daß auch jetzt noch, wo der „Parfisal“ schon seit Wochen nicht mehr regelmäßig Sonntags ausgeführt werde, die Dekorationen immer noch, wenigstens teilweise, auf der Bühne lagerten.

* Eine vornehme Unterhaltung werden alle diejenigen genießen, die am nächsten Sonntag im Gewerkschaftshause den Dichter-Abend für Karl Henckel bejubeln. Die Festrede und der Gedichtvortrag werden nämlich von dem Rezitator Dr. Max Poensgen-Alberti bestritten, der zu den besten Recitatorien Deutschlands gehört. Außerdem wird das Programm Männerchor des Gesangvereins „Nameless“ und Solo des Herrn Opernsänger Gräger bieten. Programme zum Preis von 20 Pf. sind in der „Volkswelt“, Alte Brüderstraße 7, im Gewerkschaftshause, Zimmer 36, und im Zigarrenhaus, jenseit bei Tiere, Hauptstraße 2, bei Melchers, Matthäusstraße 140, und bei Paul Verdi, Leuthenstraße 63, zu haben.

* Die Gesellschaft für gemeinnützigen Milchhandel hat 1913 den Milchhandel in 23 Häuschen betrieben. Es sind also im vergangenen Jahre fünf neue hinzugekommen, und zwar in eins in Kattowitz, Kosberg, Zalew, Riebow und Jaworzno. Fortgesetzt ist das Häuschen in Neisse, das auf Antrag der dortigen Ortsgruppe des Vereins gegen Missbrauch geistlicher Getränke an die verkaufte wurde. Da sich besonders in Ober-Schlesien der Gesellschaft ein breites und wichtiges Feld der Tätigkeit bietet, hat der Vorstand beschlossen, an folgenden Orten Ober-Schlesiens neue Häuschen aufzustellen: Lauträthe, Miltitz, Boguslaw, Domb, Schwientochlowitz, Babrz und Hohenlind. Werner soll ein zweites Häuschen in Zalew, ein drittes in Giebau eröffnet werden. In Gorzow ist im neuen Jahre bereits ein Häuschen in Betrieb genommen worden. Wie dem Jahresbericht beizufügende Zahlen zeigen, sind in den 23 Häuschen insgesamt 814 974 Liter Vollmilch, 61 326 Liter Buttermilch, 49 526 Liter Käse und 45 491 Liter Joghurt ausgeschankt worden. Den größten Abfall an Vollmilch hatten die Häuschen in Kattowitz am Ringe, in Breslau am Christuskirchplatz, in Beuthen O.S. und in Rositz. Der Abschluß ergibt einen Gewinn von 12 571 M., wovon 2900 M. dem Reservesonds, je 4000 M. dem Dispositionstands und dem Kapitalrückablfungs-fond zugeführt und 1671 M. auf neue Rechnung übertragen werden sollen. Eine Dividende will man jetzt und in Zukunft nicht verteilen.

* Die Straßenbahntarife. In einer Sonderausgabe des Breslauer Gemeindeblattes macht der Magistrat folgendes bekannt: „Die Preise für Zeitschriften der städtischen Straßenbahn werden vom 1. April 1914 ab wie folgt geändert: 1. Der Preis aller Zeitschriften gilt für einen Kalendermonat. Eine Erhöhung des Preises bei Vorauszahlung für mehrere Monate tritt nicht mehr ein. 2. Der Preis der Beamerkarten wird auf 4,10 M. im Geltungsbereiche des 10-Pf.-Taxis, 5,10 M. für das ganze Netz erhöht.“ Über den Preis der Streckenkarten wird coram dicto die nächste Sitzung der Stadtverordneten entscheiden.

* Kaufmännische Krautkasse „Merkur“. Nach dem 1. der Hauptversammlung vom Vorjahr erließ der Vorstand ein Berichtsbericht für das Jahr 1913, zählte die Kasse am 31. Dezember 1 798 Mitglieder. Es betragen die Einnahmen 65.798 Mark, die Ausgaben 63.620 Mark. Verlust aus dem Gewerbe 12.532 Mark, Krankengeld 16.921 Mark, Elterbegelder 110 Mark, Krankenkosten 3097 Mark. Das Vermögen vermehrte sich auf 17.793 Mark, der Reservesonds auf 18.440 Mark. Die Hauptversammlung erteilte Entlastung und beschloß, nach dem 1. Juli 1914 die Kasse als Guilloch-Kasse weiter bestehen zu lassen. Die neuen Sitzungen wurden genehmigt. Danach vergrößerte die Kasse ihr Geschäftsbereich auf die Provinz Schlesien. Mitglieder können auch Ehegatten werden und die Wahl der Vertreter ist frei. Als Reisoren wurden gewählt die Herren Winzer, Staché und Dreiser.

* Aufzug. Der festgenommene Kaufmannsgeselle, der vier Überzieherdiebstähle ausgeführt hat, steht im Verdacht, noch mehr solcher Diebstähle im Laufe des Monats März begangen zu haben. Die Eigentümer einiger bei ihm beschlagnahmter Überzieher konnten bisher nicht ermittelt werden. Jeder Überzieher hat den Tisch am 16. und 19. März verklebt; die Wand-scheine darüber sind bei ihm gefunden worden. Der eine Überzieher ist ein schwarzer stolzer Usifer und trägt unten Aufhänger das Firmenzeichen Klein u. Frank, Postlieferanten, Wien-Breslau; der andere ist ein dunkler schwarzer Winterüberzieher mit schwarzem seitlichen Futter. Die Eigentümer dieser beiden Überzieher, gleichen Personen, die im Laufe des Februar und März um Überzieher bestohlen worden sind, ohne bisher eine Anzeige erstattet zu haben, werden erucht, sich schleunigst im Zimmer 51 des Polizeipräsidiums zu melden.

* tödlich verunglückt ist am Mittwoch der Handelsmann Karl Franz, Hirschstraße 76. Er wurde an der Haustreppe tot aufgefunden und hat nach ärztlicher Feststellung einen Schädelbruch durch Aufstieg von der Treppe erlitten. Der Verstorben stand im 38. Lebensjahr und war im Begriff, sich zu verheiraten. Die Leiche ist ins Schauhaus geschafft worden.

* Eichbergdiebstahl. Am Dienstag ist einem Kutschier, der in einer Schankwirtschaft auf der Osenerstraße eingeschlossen war, seine Kutsche gestohlen worden. * Die Eichbergdiebstahl. Am Dienstag ist einem Kutschier, der in einer Schankwirtschaft auf der Osenerstraße eingeschlossen war, seine Kutsche gestohlen worden. * Die Eichbergdiebstahl. Am Dienstag ist einem Kutschier, der in einer Schankwirtschaft auf der Osenerstraße eingeschlossen war, seine Kutsche gestohlen worden. * Die Eichbergdiebstahl. Am Dienstag ist einem Kutschier, der in einer Schankwirtschaft auf der Osenerstraße eingeschlossen war, seine Kutsche gestohlen worden.

Mästwichtausstellung.

Da die im vorigen Jahre mit dem Rückwichtausstellung am 23. und 24. Mai verbundene Mästwichtausstellung großen Aufgang gefunden hat, entschloß sich die Landwirtschaftskammer auch in diesem Jahre eine Ausstellung zu veranstalten, die aber auf Schlachtwicht aller Gattungen ausgedehnt worden ist. Diese Ausstellung ist heute um 7 Uhr im städtischen Viehhof in Pöpelwitz eröffnet worden, und ist mit 178 Rindern, 11 Kalbern, 47 Schafen und 59 Schweinen aus den Provinzen Schlesien, Böhmen, Sachsen beschickt. Die Ausstellung dauert bis morgen nachmittags 2 Uhr. Es sind Preise ausgeschaut von Landwirtschaftsminister 2000 Mk., von der hiesigen Landwirtschaftskammer 2000 Mk., vom hiesigen Magistrat 2000 Mk., von dem Verein zur Wahrung der Interessen des Viehhandels der Provinzen Schlesien und Böhmen 200 Mk., von der hiesigen Fleischzertifizierung 100 Mk. Für Mästschweine soll die Festsetzung der Preise erst geschehen, nachdem einige Probeschlächtungen vorgenommen sind, da der Wert des Schweins sich meistens erst beim Schlachten feststellen läßt.

* Streit um die Gemeindeinkommensteuer. Der hiesige Magistrat hat die verwitwete Frau A., deren Mann Güterexpedient bei der Eisenbahn gewesen ist und die deshalb eine Witwenpension bezog, mit dem vollen Pensionsbetrage zur Gemeindeinkommensteuer heranrechnen. Die Frau klage und verlangte, daß die Pension nur mit der Hälfte der Gemeinde-Einkommensteuer unterworfen werde. Es könne ihr das ältere Beamtenrecht zugute. (Verordnung von 1867.) Der Magistrat machte dem gegenüber geltend, daß es sich hier nicht um eine gelehrte Staatspension handele, da sie aus den früheren Überschleißlichen Eisenbahn-Pensionsklassen stiefe. Der "Zeitungsausschuss" wies die Klage der Frau ab und das Oberappellationsgericht bestätigte. (Urteil des Bezirksausschusses.)

* Abzugsgewebe versteigert werden demnächst vom hiesigen Antiquitätenamt folgende Grundstücke: Weinstr. 53 am 19. Mai, Alleystraße 24 am 13. Mai.

* Vorlegung des Gemeinde-Dienstbuches. Der Polizeipräsident macht öffentlich folgende Verordnung des Oberpräsidenten bekannt: Der § 2 der Polizeiverordnung über die Regelung der Verhältnisse vom 8. August 1887 erhält folgende Fassung: Bei jedem Dienstantritt ist das Dienstbuch der Dienstherkunft zur Einsichtnahme und innerhalb acht Tagen der Einwohnermeldebehörde des Dienstortes zur unverzüglichen Abstempelung vorzulegen. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Veröffentlichung in Kraft.

* Strafensperzung. Die Brockauerstraße wird wegen Umbaumaßnahmen zwischen der Lauenheidestraße und Briegestraße ganz, zwischen der Briegestraße und dem Oberschlesischen Güterbahnhof halbiert vom 6. April bis 2. Mai für Fußgänger und Reiter gesperrt.

* Chausseebrechenbruch. In der Nacht zum Freitag sind auf der Carlsstraße aus einem Schaufenster 5 Kästen mit eingravierten Figuren, eine Uhr und verschiedene andere Kunstgegenstände im Werte von zumindest 200 Mk. gestohlen worden.

* Eisenbahndiebstahl. Einem Gärtner der am 9. März von Berlin nach Kreuzburg fuhr, um dort polnische Arbeiter zu empfangen, ist auf der Eisenbahnfahrt zwischen Liegnitz und Breslau ein leinener Beutel mit 500 Mark in Gold gestohlen worden.

* Drei Einbrecher sind dieser Tage von der Polizei ermittelt und festgenommen worden. Es handelt sich um einen Arbeiter, einen Lischler und einen Tapetierer, die gemeinschaftlich die Einbrüche verübt.

* Unfall eines Dienstmädchen. Am Donnerstag abend verunglückte das Dienstmädchen eines Dienstgefälschens von der Kupferseidenfabrik. Es sollte mit einem Handwagen eine drei Zentner schwere mit Leim gefüllte Tonne auf den Königplatz schaffen. Auf der Nikolaistraße rutschte die Tonne vom Handwagen und traf das Dienstmädchen am rechten Bein. Ein Schuhmann schaffte die schweren Verletzungen ins Allerheiligen-Hospital. Es ist wirklich ein starkes Glück, daß ein Dienstmädchen zum Fortschaffen von ziemlich schweren Lasten verwendet wird.

Theater, Konzerte und Vergnügungen.

(Mitteilungen aus den Direktionsbüros)

* Rose-Theater. Heut Freitag, abends 7½ Uhr, wird das fröhliche Spiel von Lehmann und Freiherr "Als ich noch im Kindergeselle..." das sich bei all seinen bisherigen Aufführungen großen Zuspruchs erfreute, zum 5. Male gegeben. Morgen Sonnabend, abends 7½ Uhr, gelangt das beliebte Lustspiel Gustav Freytags "Die Journalisten" zur Wiederholung.

* Im Thalia-Theater wird als 5. Abonnementvorstellung des Humboldt-Vereins "Die rote Rose" von Breuer gegeben. Beginn 7½ Uhr.

Am Sonntag gelangt in neuer Einstudierung Beherleins "Zauberstreiche" zur Aufführung. Die Hauptrollen werden gespielt von Fr. Urban und Herrn Director Vitron.

* Schauspielhaus (Operettentheater). Heute Freitag "Volenblut". Morgen Sonnabend "Brüderlein seid" und "Der Schleier der Pierrette". Sonntag nachmittag zu kleinen Preisen "Hoffheit tanzt Walzer"; abends "Lugus weibchen". Montag "Volenblut". Dienstag zum 40. Mac. "Volenblut".

Gastspiel Asta Nielsen. Die Ankündigung von dem bevorstehenden verlorenen Auftritt der "Kinolönigin" Asta Nielsen hat lebhafte Interesse hervorgerufen. Die Künstlerin, die, wie bereits erwähnt, zum ersten Male in Breslau vorsätzlich eintritt, gastierte in letzter Zeit in Wien, Budapest, Frankfurt a. M., Leipzig, Essen und erzielte überall ausverkaufte Hause. Dem Minodrama "Das Mädchen von der Bandstraße" wird überall eine packende Handlung nachgesagt. Der Vorverkauf für das Asta Nielsen-Gastspiel ist bereits eröffnet.

* Victoria-Theater. Die tolle Posse "Der Liebesonkel", Musik von Walter Kollo, gelangt nur noch an fünf Abenden und Sonntag nachmittag zur Aufführung. Dienstag, den 31. März, unwiderruflich letztes Gastspiel.

Aus Breslau (Land)-Neumarkt.

Rathen. Gemeindewahl. Die Stichwahl in Rathen und Klein-Heidau wird am Sonntag, den 29. März, nachmittags 3½ Uhr, abgehalten werden. Kein Wähler darf fehlen. Kandidat der Arbeiter ist Wilhelm Hoffmann aus Rathen.

Wohl. Der Wert der Fürsorge. In das hiesige Spitätschen wurde am Dienstag, den 17. März, ein junger Knecht aus Schadewinkel eingeliefert und bis Donnerstag, den 26. März, infiziert. Nach dem uns zugegangenen Mitteilungen handelt es sich um einen Fürsorgezögling, der Sonntag, den 15. März, den Gottesdienst geistlich besucht hatte. Als ihn deswegen der Geistliche zur Rede stellte, belog er ihn. Nun strafte ihn der Geistliche und es wurde veranlaßt, daß der junge Mensch wieder in die Instanz zurückkomme. Zu diesem Zwecke ihm aber neun Tage im hiesigen Gefängnis zu behalten, ist ungerechtfertigt. Ebenso muß es Wunder nehmen, daß der Böeling am Auge eine blutige Schramme hat. Ob er sich dieselbe aus lauter Nehermut selbst

gebracht haben mag? Ebenso erklärt er, daß sich an seinem Körper grüne und braune Flecke befinden sollen. Man kann doch nicht annehmen, daß sie von Misshandlungen herrühren. Noch weniger können sie ihm von dem Geistlichen beigebracht worden sein. Man sieht aber an diesem Vorfall, was so ein Fürsorgezögling alles erlebt.

Requisit. Hilfe, Herr Landrat! Vor ungefähr 2 Jahren hatten wir uns schon einmal an die Leistungsfähigkeit gewandt, indem wir unsere Begehrungen schickten. Doch ist in den ganzen langen Zeit an dem Zustand nichts geändert worden. Wir sind deshalb wieder gezwungen, die Anwerbung auf uns zu rufen. Unser Dorf liegt ganz abseits der Straßen und sonstigen Verbindungen, an der Oder, eine Weistunde von Małtitz entfernt. Die Bewohner sind Schiffer, Kleinbauern oder Arbeiter. Fast in jedem Haus werden Förde gesucht. Vermögende Leute wohnen hier nicht. Es ist weder im Kreistag vertreten, noch besteht Verbindung mit den maßgebenden Instanzen des Kreises, da uns das wichtigste darin, nämlich ein "adliger Rittergutsbesitzer" fehlt! Auch ist die Mehrheit der Gemeindevertretung eifrig bemüht, jede unnötige Geldausgabe zu vermeiden.

Zu diesen rechnet sie auch den Wegbau. Als vor Jahren die Chaussee von Ober-Stephansdorf bis Breitenau gebaut wurde, sollte die Gemeinde Regnitz einen Teil der Kosten der Strecke Breitenau-Mositz mit übernehmen, den anderen wollte Breitenau tragen. Das schuf aber die Mehrheit ab mit der Begründung: "Die Regnitzer brauchten keine gepflasterte Straße." Nun sieht sich die Gemeinde gezwungen, eine bessere Verbindung herzustellen und plant den Bau einer Chaussee Regnitz-Campe. Dieser erhält aber nicht die Zustimmung der vorgesetzten Behörde, da ein Teil der geplanten Linie im Kreisheimatbezirk liegt. Auf der anderen Seite der Oder, im Kreis Wohlau, hat aber die Gemeinde Braulau früher die Genehmigung zum Bau einer Chaussee bekommen, obwohl sie auch durch das Kreisheimatbezirk führt. Dabei ist das Gebiet dreimal so weit, als das zwischen Regnitz-Campe. Auch hier wäre die Verbindung eine sehr vorteilhaft. Dann das Industrie-, aufstrebende Małtitz hat gute Bahn- und Schiffsverbindung. Der Ort, die Fabrik, die Fabrik, die Fabrik mit dem Kreisborb für Requisit befindet sich in Campe. Mit dem Bau dieser Strecke könnte aber kein Markt erzeugt werden, als über Breitenau-Ober-Stephansdorf. Ein wichtiger Grund zur Verzweiflung liegt also nicht vor. Nach den bestehenden Bestimmungen höchstens von einer Chaussee die Gemeinde Regnitz 65%, und der Kreisbeamter 35% der gesamten Ausgaben. Sollte dies etwa der Markt zum Verzweifeln sein? Der will nun die Gemeinde zwingen, die Strecke nach Breitenau zu bauen, damit die Stadt Regnitz durch die Abteilung des Bezirks noch Małtitz in ihrem Zusammengang nicht mehr gefördert wird. Jedermann ist hier wieder bewiesen, wie notwendig für unsere Gemeinde eine zielgewohnte Vertretung ist, damit die letzten Instanzen möglichst bald argenzen werden.

Auch mit der Straßenbelastung ist es hier sehr arg.

Schon am Tage droht man im Schlammb auf den Straßen zu versinken. Es kann es aber geradezu katastrophal sein. Selbst in der Steuerprüfung liegt ein sehr hoher Wert. Weil aber der Staat keine Mittel für wichtige Kulturrarbeit übrig hat, muß die Gemeinde sorgen, daß solche alter fahnenwollernde Zustände möglichst bald beseitigt werden. Dazu müssen die Gemeinde in unserer Gemeindevertretung.

Stadt-Theater.

"Eristan und Isolde" von R. Wagner.

Der gestrige Abend brachte ein fast ausverkauftes Haus und einen berühmten Gast, der das erste Mal in unserer Stadt weilte und mit der jubelnden Aufnahme, die ihm hier bereit wurde, wohl zufrieden sein dürfte. Heinrich Knolle, ein "Münchener Kind", ist 1870 als Sohn eines Versicherungs-Inspektors geboren. Auf der Münchener Akademie der Tonkunst, wo er seine Studien begann, wurde ihm in unzweideutiger Weise zu verstehen gegeben, daß seine Mittel doch gar zu unbedeutend, schwach und zeitlos seien, um eine auch nur geringe Aussicht auf eine erfolgreiche Karriere jenseit der Taufe zu gewinnen. Und — das ist das Kuriose an der Sache — derselbe Herr von Persch, der damals Director der Akademie war, bat ihn ein Jahr später (1892) als Intendant des Münchener Posttheaters nach einmaligem Probefeiern glatt für dieses Institut engagiert. Er lag dort zuerst Bissopartien und erst durch den 1901 erfolgten Tod Heinrich Voigts wurden ihm die Wege zum Hause des Heldentenors geebnet. Zweifellos hat Knolle durch das Vorfehle, daß er jahrelang an Voigl hing, viel für seine Zukunft profitiert. Der Künstler ist in dem reizenden Mittellage, auf der sich eine leuchtende, ehr tenorale Höhe aufbaut, also die Fundamente für den Wagnerianer. Er beeindruckt in hohem Grade die Herde mit über den operativen Bereich hinausreichender Gesangsfähigkeit und die bei Wagner so wichtige scharfe Akzentuierung, richtiges Phrasieren und innige Verzehnlung von Wort und Ton. Als Künstler verzichtet er auf alles eigenmächtige Hervortreten aus dem Rahmen des Kunstwerkes, sowohl auf alle jene kleinen und großen Effekthaschereien, wie sie gaststreuenden Künstlern so häufig anhaften. Den Höhepunkt der grandiosen Leistung Knoles bildete der dritte Akt, der wohl selten in solcher Vollendung hier gelesen wurde. — Die übrige Beisetzung war die bekannte, bis auf Herrn Gruber Güntram, der den Kurvenal in Blaue, Haltung und Gesang außerordentlich scharf zeichnete, und Herrn Gläser, der die kleine Partie des "Molo" sang. Dem Orchester ein ganz besonderes Volut für die heilige Beisetzung; Herr Prüwer sorgte diesmal für die nötige Zurückhaltung.

Literatur.

Die bekannte kartographische Anstalt Carl Flemming & C., Berlin W. 50, hat von dem Fürstentum Albanien soeben eine vorzügliche Karte erscheinen lassen, die sich, da sie in dem trocken Format von 88 mal 71 Centimeter (Maßstab 1:600.000) liegt, durch außerordentliche Übersichtlichkeit auszeichnet. Von den Nebenländern Montenegro, Serbien und Griechenland sind zur besseren Orientierung über die Lage dieses jüngsten Staates umfangreiche Teile wiedergegeben. Die Karte ist eine vorzügliche Ergänzung für jeden Atlas, da sie auf wissenschaftlicher Grundlage entworfen und auch in den Farben sehr dezent gehalten ist. Der Preis beträgt nur 1,50 Mk.

Wasserstands-Nachrichten der Oder.

Wasserstand	27. 3.	28. 3.	29. 3.	30. 3.	31. 3.	1. 4.	2. 4.	3. 4.	4. 4.	5. 4.	6. 4.	7. 4.	8. 4.
	1.00	1.02	1.30	0.00	0.90	1.36	1.76	2.71	1.65	1.43	1.16	0.86	1.25
Unterlauf	732,4	730,7	726,9	—	721,5	727,7	729,4	730,4	—	—	—	—	—
Dunkendorf (mm)	7,5	6,5	6,1	5,4	6,4	7,9	8,4	8,7	7,9	7,4	7,2	7,0	7,5
Durchflutung (M.)	63	87	87	49	75	16	80	1,50	2,24	1,80	1,50	1,25	1,85
Wohl (0-18)	ED 8	D 2	ED 1	ED 1	ED 1	ED 2	ED 3	ED 3	ED 3	ED 2	ED 2	ED 2	ED 3
Weiter	ED 2	ED 2	ED 2	ED 2	ED 2	ED 2	ED 2	ED 2	ED 2				

*) Auslastungshöhe 1. Kostlich 3,50 für Dreschen; (Oder) Ohle Niederung 3,27

Westernachrichten der Universitäts-Sternwarte.

Std. Bresl. Zeitzeit	27. März	28. März	29. März	30. März
Std. Bresl. Zeitzeit	11.00	11.02	11.30	11.00

Entfernung (O.) 732,4 + 7,1 + 26,9 + 12,8 + 8,2 + 4,2
Dunkendorf (mm) 7,5 6,5 6,1 5,4 6,4 7,4
Durchflutung (M.) 63 87 87 49 75 16
Wohl (0-18) ED 8 D 2 ED 1 ED 2 ED 3 ED 2
Weiter ED 2 ED 2 ED 2 ED 2 ED 2 ED 2 ED 2

Bur. Redaktion: Zur Redaktion auf Meeresreisen sind 19,1 m hinzugefügt.

Neueste Nachrichten.

Die ersten Preiskämme zur Breslauer Wahl.

Breslau, 27. März. Der "Vorwärts" triumphiert: Den großen organisierten Erfolg der roten Woche steht die Wahl des 111. Sozialdemokraten.

Die "Vossische Zeitung" sagt befriedigend: Seit den Hauptwahlen geht der Rechten mit Breslau-Begau das fünfte Mandat verloren, während zwei Mandate von der Linken nicht gehalten werden konnten. Bei den letzten immer unsicheren Mehrheitsverhältnissen im Reichstag bedeutet der Sozialdemokratische Wahlgang zweifellos einen wichtigen Gewinn für die dem schwäbischen Block gegenüberstehende Linke.

Die "Deutsche Tageszeitung" ist kleinlaut geworden, und schreibt:

"Massgebend für den Stand der konserватiven Sache können das Stichwahlergebnis, so bedenklich es im Hinblick auf das Städtewahlbündnis der Partien bleibt, in keiner Weise sein, daß sie allein die Stimmen der Hauptwahl massgebend."

Auch bei der Hauptwahl gewann die Sozialdemokraten 700 Stimmen.

Der Streit in Petersburg.

Petersburg, 27. März. Der seit einigen Tagen schwedende Protestaufstand gegen die Unterdrückung der Arbeiterschaft durch die Polizei nahm gestern, nachdem die Polizei massenhaft Durchsuchungen vorausgezogen und Verhaftungen vorgenommen hatte, einen größeren Umfang an. Mittags zeigten mindestens 30.000 Mann.

Nochette meldet sich und gibt Aufschluß.

Paris, 27. März. Ein bereits gestern Abend in Paris stattfindendes Gericht ist zur Wahrheit geworden. Der seit Jahren von der Polizei geschätzte Schwindelbankier Nochette hat an Janets einen Brief gerichtet, in dem er über die ehemalige Präsidentschaft seiner Meinung äußert. Seitdem der Präsident Poincaré verstorben ist, ist Nochette wieder freigestellt. In dem Schreiben führt Nochette aus, wie er die geheime politische Partei Poincaré vertrat, Auftrag giebt Nochette erklärte, daß er die geheime politische Partei Poincaré vertrat, auf die er sofort die Abstimmung zu den Direktoren führt. Nochette führt die Abstimmung der Partei des Kapitals, die Wissenskraft, zum Finanzminister und erläutert einen Aufhang zu diesem. Der Finanzminister Gaillau hat sich dann angeblich dieser fürchtbaren Zustände der französischen Regierung verantwortlich

Versammlungen und Vereine

Oblau : Wahlverein

Sonnabend, 28. März, abends 8 Uhr, findet im Palast der Frau Jakob eine

Sitzung

Die Vorstände sowie sämtliche Bevölkerung statt. Die Leute werden besonders bringend erachtet, in der Erhöhung zu erscheinen.

16384 Der Vorstand.

Oblau.

Sonntag, den 28. März, nachmittags

2 Uhr

Bezirks-Versammlung

der Arbeiter-Stadtbaumeister-Vereine der Orte

oben Oblau, Neustadt und Steinbach,

bei Frau Schneider am Steinbahn, Be-

gleichter ist anwesend, jeder Genieß soll

erscheinen. [16385]

Brieg. Wahlverein.

Wienstag, den 31. März, abends 8 Uhr,

Mitgliederversammlung

im "Wintergarten". Vorstand des Okt.

Okonky über:

"Gefallen, das Land der Zukunft."

Die Mitglieder haben Befreiung. Mit-

gliedsbuch legitimiert.

Donnerstag, den 2. April, abends 8 Uhr,

Frauenabend.

Zahlreichen Besuch zu beiden Veranstal-

tungen erwartet. Der Vorstand.

Stadt-Theater.

Freitag 7/4. Uhr:

"Blaubart."

Sonnabend 7 Uhr:

Gefühl des Kammersängers

Heinrich Knotz

"Lohengrin."

Sonntag 7/4. Uhr:

"Das Mädchen

aus dem goldenen Westen."

Lobe-Theater.

Freitag 7/4. Uhr:

"Als ich noch im Flügelkleide."

Sonnabend 7 Uhr:

"Die Journalisten."

Sonntag, Nachmittag 7/4. Uhr:

"Alt-Heidelberg."

Sonntag 7/4. Uhr:

"Als ich noch im Flügelkleide"

Thalia-Theater.

Freitag: Humboldt-Verein.

b. Abonnement-Vorstellung

"Die rote Rose."

Sonntag, 7/4. Uhr: 16227

Neu eingebaut:

"Dorfentzünd."

Schauspielhaus

(Operettenbühne.)

16245.

Freitag, 8 Uhr:

"Polenblut."

Sonnabend 8 Uhr: 16233

"Brüderlein sein."

Sonntag nachmittag 8/4. Uhr:

"Der Schleier der Pierrette."

Sonntag, Nachmittag 8/4. Uhr:

"Soheit tanzt Walzer."

Nachts 8 Uhr:

"Zurzuswischen"

Mittwoch, 8 Uhr:

"Polenblut."

Liebich's Etablissement

Nur noch wenige Tage:

"Das glänzende Mädel"

7 Jonglierende Schlosser.

"Der zerbrochene Spiegel."

16247. Mittwoch 8 Uhr.

Sonntag, den 29. März:

Nachmittags-Vorstellung.

Viktoria-Theater.

"Der Liebesonkel".

Auf-Wochenstag, 8, Sonntag, 1/8 U.

Nächste Nacht-Vorstellung.

Sonntag, den 29. März:

Bens wochentags-gültig. 16228

Klugheit

Der gut und billig Kauf, Einführung, und

Stoff, 10 ZWL. Nach Maß, unbedarf,

17 ZWL. Ausgabefahrt Wallstr. 17a, 1. Gg.

Aus der Tiefe

Arbeiterbriefe

von Adolf Levenstein.

Stt. 1.00 Mk. nur 20 Pl.

Zu beziehen durch:

Expedition u. Kolporteur.

Freie Religionsgemeinde

Grünstraße 14/16.

Jugendweihe

Sonntag, den 29. März, vorm. 9/4. Uhr.

Prebiger Tschirn. 16321

Orchester-Verein.

Freitag, den 27. März

VIII. (letztes) volkstümliches

Konzert

unter Mitwirkung des

Kozcszyschen Männergesangvereins

Dirigent: Walter Mundry.

Solistin: Fr. Bellin (Gesang),

Fr. Lutz (Klavier)

Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pl.

Salbfleisch

70 u. 80 Pf.

Reine, Miere à Pf. 90 Pf.

Schweinfleisch, Rühlbraten

16380 à Pf. 50 Pf.

Gauch 55 u. 60 Pf.

Schuster 70 Pf.

Schnippbraten 70 u. 75 Pf.

Weißbraten 90 Pf. u. 1 Mt.

Grüner Speck 65 u. 70 Pf.

Gerauchter Speck 80 Pf.

kleine Eisbeine à Pf. 25 Pf.

Schweineköpfe, halbe Köpfe

à Pf. 35 Pf.

Wölffleisch 70 u. 80 Pf.

Rindfleisch, Suppenfleisch

70 u. 80 Pf.

Ohne Knochen 0.80—1 Mt.

Mierchen 40 Pf. 45 Pf.

D. Wengler, Grabschenerstr. 135

Filiale: Vorwerkstr. Ecke Lärchstr. Tel. 11869.

Konsum- und Sparverein „Vorwärts“ E. G. m. b. H.

Unsere Mitglieder haben nicht mehr nötig, für ein Pfund Wienermehl 24 Pf. auszugeben. Wir bieten Ihnen das Beste vom Guten in unserem neu eingeführten

Kaiserauszugmehl zu 18 Pfg. p. Pfd.

Hausfrauen die bei der Osterbäckerei keine Enttäuschungen erleben wollen, sollten dieses Mehl oder unser anerkannt vorzügliches

Weizenmehl zu 15 Pfg. per Pfd.

verwenden. Ferner empfehlen wir unsere

Pflaumen in 2 Pfd.-Büchsen zu 42 Pfg.

1 28

und als ganz besonders vorteilhaft und ausgiebig unsere neu eingetrossenen

Pflaumen ohne Stein in 1 Pfd.-Büchsen zu 30 Pfg.

Einer grossen Beliebtheit erfreuen sich unsere

vorzüglichen Speise-Kartoffeln per 4 Pfd. 10 Pfg.

Für den Schulbeginn wichtig!

Mehrere 100 Knaben-Anzüge werden von Sonnabend, d. 28. März, bis Sonnabend, d. 4. April

unter Preis verkauft

in 10 verschiedenen praktischen Fassons.

Serie I 295 Serie II 450 Serie III 750 Serie IV 975

Wert bis 4.50 Wert bis 7.50 Wert bis 11.50 Wert 14.50



Berthold Meyer,

Böhmerauerstrasse 71. 16343

Billige

Kaninch. Rehkoch-

fleisch, Rehblätter,

Hühner, Hennen, Canben

emblickt

Wildhandlung Hein

Vitterstrasse 112. 16383

Brand- u. Gehrod-Anzüge

seine Kleid. und Schinderhülle

verleiht 16001

H. Anders, Westendstr. 8,

etd. Altenstrasse.

Schillers Werke.

Vollausgabe in zwei Bänden, reich illustriert in wöchentlichen Raten von 50 Pfennigen

Gesamtpreis nur 3,00 Mark.

Zu beziehen durch die Expedition und die Kolportoren.

kleiner Anzeiger

Unter dieser Rubrik kosten je drei Worte 10 Pfennige. Abonnenten haben gegen Gutschein 5 Worte frei. Das erste Wort fett. Schriftart bestimmt der Verlag. Gesorderte Abweichungen bedingen Zeilenpreis.

Kauf und Verkauf

Unterhaltes Söfa mit Umbauort breit billig zu verkauf. Sitzfläche 8, Keller, Hölter. 16372

Christentum und Sozialismus von A. Böbel 0.10 Ottosteife 16, Kellerladen. 16386 Zu beziehen durch die Expedition.

Abonnenten und Leser der "Volkswacht" können ihre Zeitung nicht

Deutscher Reichstag.

24. Sitzung. Donnerstag, den 26. März 1914,
nachmittags 2 Uhr.

Das Einstimmiges
mit in dritter Beratung befehllos angenommen.
Es folgen

Wahlprüfungen.

Die Wahl des Abg. v. Prebberlow (kons.) wird dem Antrag der Kommission entsprechend für ungültig erklärt. — Die Wahl des Abg. Hoesch (kons.) beantragt die Kommission für ungültig zu erklären. Ein Antrag Graf Westarp (kons.) wünscht die Gültigkeitsklärung der Wahl.

Abg. Frommer (kons.): Die Wahlprüfungen werden vielfach für Machtfragen gehalten. Ich bin aber Idealist, Gr. Heiterkeit, und hoffe, daß das Recht zum Siege gelangt. Der sozialdemokratische Protest gegen die Wahl läuft sich auf das Verbot der Eisenbahnrevision Hannover, an die Unterbeamten und Werkstättenarbeiter, bei dem Besuch sozialdemokratischer Versammlungen und des Lebens sozialdemokratischer Kreisvergnisse. Über mit der Wahl haben diese Verbote gar keinen Zusammenhang. Der nationalliberale Protest rügt, daß neun Amtsvorsteher und zwölf Bürgermeister den konservativen Wahlausdruck unterzeichnet haben. Die Kommission hat deshalb die Stimmen in den betreffenden Orten dem konservativen Kandidaten abgezogen. Aber die Stimmen der Unterzeichner des Aufrufs selbst hätte man doch nicht ablehnen dürfen, und wenn man das nicht tut, bleibt für Hoesch noch eine Majorität von 36 Stimmen, sodaß eine Wahl für ungültig erklärt werden muß.

Abg. Schmidt-Meissen (soz.): Es ist ganz richtig, daß Wahlprüfungen nicht immer nach Recht, sondern nach Macht entschieden werden. Aber bei der gegenwärtigen Wahl sind ohne Zweifel wir ganz unparteiisch, denn uns ist es ganz gleichgültig, ob Herr Hoesch oder Herr Süßmann gewählt wird. Herr Frommer beruft sich daran, daß die Leute, die den Aufruf unterschrieben haben, jedenfalls nicht als beeinflußt gelten können. Aber man soll sich nur einmal diesen Aufruf ansehen — nicht weniger als 17 Seiten von Namen stehen darunter. Wollten wir die Unterzeichner eines solchen Aufrufs nicht mitabziehen, so brauchen wir es überhaupt nicht als erheblich anzusehen, wenn solche Wahlaufrufe von Amtsvorstehern, Bürgermeistern etc. unterzeichnet sind. Die Konservativen hätten es dann leicht, in ihre Unterschriften für solchen Aufruf aufzutragen, als sie überhaupt Stimmen bekommen. (Sehr gut! links.) Es stehen unter dem Aufruf die Namen von

Gutsarbeitern, Amtsherrn, Amtschtern, Schweizern,

Stellmachern, Postboten usw. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich möchte den Amtsherrn, den Gutsarbeiter jehn, der es wissen könnte, einen solchen konservativen Aufruf nicht zu unterschreiben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Zu dieser Wahlbeeinflussung kommt noch die der Eisenbahnverwaltung Hannover, die in zwei Etappen jedem Arbeiter und Unterbeamten die Kündigung ungedroht hat, der sich nicht von sozialdemokratischen Versammlungen fernhält, und der sozialdemokratische Zeitungen oder sonstige Presseerzeugnisse liest. In dieser Weise ist durch einen Art großflächigen Terrorismus in die Wahlreihe von mehr als 2000 Arbeitern und Angestellten eingegriffen worden. Schon aus diesem Grunde werden wir dem Antrag auf Ungültigkeitsklärung zustimmen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Stupp (Zent.): Die Annahme, daß ein Unterzeichner des Aufrufs nicht für den konservativen Kandidaten hätte stimmen wollen, ist doch ganz abnorm. Ohne diese abnorme Annahme bleibt aber für Hoesch eine Mehrheit von 36 Stimmen. Auch die Erkläre der Eisenbahnverwaltung können für die Wahl nicht in Betracht kommen, denn sie sprechen mit keinem Wort von der Ausübung des Wahlrechts. (Lachen links.) Wir werden daher für die Gültigkeit der Wahl stimmen.

Abg. Dr. Röder (nach): Man kan unmöglich die Stimmen des Unterzeichner des Wahlausdrucks als nicht beeinflußt gelassen, denn es ist gar nicht ersichtlich, wie weit diese Unterzeichner nicht durch die Amtsvorsteher und Bürgermeister beeinflußt worden sind. Deshalb werden wir für die Ungültigkeit der Wahl stimmen. (Bravo! links.)

Abg. Dr. Neumann-Höfer (kons.): Gerade bei der Wahl des „Idealisten“ Frommer (Heiterkeit) ist ganz offensichtlich Macht vor Recht gegangen, denn trotz eines offensichtlichen Vertums der Kommission wurde die Wahl für ungültig erklärt. Die Stimmen der Unterzeichner des Aufrufs für Herrn Höch gelten zu lassen, wäre ganz unlogisch, die Konservativen sind ja geradezu nach Unterchristen unter dem Aufruf haustieren gegangen. (Beifall links.)

Aus aller Welt.

Schiffskatastrophe auf hoher See.

30 bis 40 Menschen umgekommen.

Der den Verleih zwischen den Honolulu-Zielen (im Stillen Zéan) vermittelnde Dampfer „Mani“ ist, wie verlautet, in der Höhe von Pear Harbour in die Luft gesprungen. Die gesamte 12 Mann starke Besatzung wurde getötet. Der Dampfer wurde Explosionsstoffe an Bord und ging am Mittwoch von Honolulu nach Kauai in See. Eine weitere Meldung besagt, daß das Schiff „Mani“, das auf der Höhe von Pear Harbour explodierte, so schnell gesunken ist, daß die Boote nicht ausgesetzt werden konnten. Man nimmt an, daß zwischen 30 und 40 Personen, meist Eingeborene, umgekommen sind. Das Unglück wird nach neueren Meldungen einer Kesseldampfexplosion zugeschrieben.

Massenvergiftung
in einer Petersburger Gummidfabrik.

10 Tote — 200 Erkrankte.

Bei Bereitung einer Salbe (?), die giftige Gase entwichen, erkrankten in der Petersburger Gummidfabrik Trennung über 200 Arbeitnehmer. Ein großer Teil von diesen brach plötzlich ohnmächtig zusammen. Zehn sind an den Folgen der Vergiftung gestorben. Die übrigen Kranken wurden vorläufig in den Laboratorien untergebracht, von wo sie, wenn sie transportfähig seien werden, ins Krankenhaus gebracht werden sollen. Die männlichen Arbeitsgenossen veranstalteten darauf Protestdemonstrationen, in denen sie behaupteten, daß die seit langem schon sehr schlechten Fabrik anlagen an dem Unglück Schuld tragen.

Ein schweres Straßenbahnunglück in Berlin.

Siebzehn schwer und sechs leicht Verletzte.

Ein verhängnisvoller Zusammenstoß hat sich am Donnerstag morgen gegen 7½ Uhr in Berlin an der Ecke Prinzess- und GutsMuthsstraße ereignet. Dort fuhr ein Straßenbahnzug

Abg. v. Beith (kons.): Im Falle der Gültigkeit der Wahl des Abg. v. Kröcher würden die Stimmen der Unterzeichner eines Wahlausdrucks dem konservativen Kandidaten nicht abgezogen (Hört, hört! rechts), also müßte man jetzt ebenso verfahren. Sonst müßte man mindestens Beweis darüber erheben, daß die Unterzeichner nicht wußten, was sie taten. (Sehr richtig! rechts.)

Abg. Dr. Krebs (kons.): Im Blockreichstag hat bei der Wahlprüfung im Hause Blumenthal der Abg. v. Payer den entgegengesetzten Standpunkt eingenommen, wie heute der Abgeordnete Neun am Hofe. (Hört, hört! und Heiterkeit rechts.) Man müßte doch zum mindesten untersuchen, wieviel von den Unterschriften erfolgt sind, bevor der Amtsvorsteher oder Bürgermeister unterschrieben hat. (Sehr richtig! rechts.) Zum mindesten müßte man doch die Stimmen derjenigen Unterzeichner, die Mitglieder konservativer Organisationen sind, dem Kandidaten Hoesch nicht abziehen. (Sehr richtig! rechts.) Ein übrigen ist es eine Beleidigung der Wähler, wenn man sie für so feige hält, daß sie sich durch bloße Namensunterschrift eines Amtsvorsteher einflüster lassen. Der ganze Fall zeigt von neuem, daß es richtig wäre, die Prüfungen der Wahlen durch einen unparteiischen Gerichtshof vornehmen zu lassen. (Beifall rechts.)

Damit schließt die Debatte.

Abg. v. Payer (kons. persönlich) weist darauf hin, daß er damals vor allem auf den Unterschied in der Stellung eines Bürgermeisters in Süd- und Norddeutschland hingewiesen hat. (Sehr richtig! links.)

Hierauf wird in namenlicher Abstimmung die Wahl des Abg. Hoesch mit 176 gegen 140 Stimmen bei 9 Enthaltungen für ungültig erklärt.

Es folgt die erste Beratung der von der Strafrechtskommission beschlossenen

Änderung des Duellparagraphen.

wonach an Stelle der Festungshaft Gesangnisstrafe nebst Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte treten kann, wenn der Anklagte den Zwist am freventlich verschuldet hat.

Staatssekretär Dr. Vico: Die vorgeschlagenen Änderungen haben grundsätzliche Bedeutung. Ähnliche Bestimmungen finden sich bereits im Vorentwurf zu dem neuen Strafgeleichtbuch; dort sollen diese Gedanken aber im Zusammenhang mit anderen wichtigen Änderungen verwirklicht werden; hier dagegen wird es darauf ankommen, zu untersuchen, ob die Änderungen in das System des gegenwärtigen Strafgeleichtbuchs hineinpassen, und ob diese Frage losgelöst von der geplanten Neugestaltung des Strafgeleichtbuchs behandelt werden kann. Hierzu haben die verbündeten Regierungen noch nicht eine Stellung genommen, der Reichskanzler ist aber bereit, nach dem Verlaufe der heutigen Verhandlung mit den übrigen zuständigen Stellen hierüber in Verbindung zu treten.

Abg. Stadttagen (soz.): Der vorgeschlagene Entwurf hält grundsätzlich am Duell als einer im Strafgeleichtbuch privilegierten Straftat fest. Wir halten das nicht für angängig, das Duell soll vielmehr bestraft werden, wie es in der ersten Vergabe in der Körperverletzung. Entsprechende Anträge werden wir zur zweiten Beratung stellen. Wer sich dem Duell beugt, bezeugt mehr Feigheit als derjenige, der den Standessitte widersteht. Der Duellanhänger zeichnet sich vor allen anderen, welche Straftaten begehen, dadurch aus, daß er es fertig bringt, die selbe Straftat immer wieder zu begehen. Beamte und Offiziere, die in dieser Weise ihre Bereitschaft zum Aufstreiten gegen die bestehende Ordnung erklären, dürfen nicht in Amt und im Dienst belassen werden. (Zustimmung bei den Soz.) Es muß daher gegen Beamte und Offiziere bei Duellvergehen unter allen Umständen auf

Unzähligkeit zur Bekleidung öffentlicher Amtsräume

und auf Einschüting aus dem Heere erlassen werden. Ferner meinen wir, daß neben der Freiheitsstrafe der Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte eintreten muß, wenn der Täter sich einer ehrenlosen Handlung schuldig gemacht hat, die in einer Beziehung zu dem Zwist am steht. Nur wenn in so schwerer Weise der Staat erklärt, daß er die dauernde Vereinschaft zum Vergehen gegen die öffentliche Ordnung nicht als eine privilegierte Standessitte ansieht, wird die Unsitte mit Erfolg beseitigt werden können. Ich werfe keinen Stein auf diejenigen, die sich der Duellsitte unterwerfen. Aber weit mutiger sind diejenigen, die dieser Standessitte entgegentreten. Durch Annahme des vorliegenden Entwurfs festigen wir den Gedanken, an sich sei das Duell und die Bereitschaft zum Auftreten gegen das Geetz und gegen die sittlichen und moralischen Vorchriften vorzugehen, als eine berechtigte Standessitte zu betrachten, und vom Gesetz privilegiert. Deshalb bitten wir Sie, unseren grundsätzlichen Antrag anzunehmen, der der bestehenden Unsitte ein Ende macht. Wenn

einer Linie, die eine andere Linie rechtwinklig kreuzt, gegen die linke Seitenwand des fahrenden Motorwagens. Dem Unschlüss nach aber hat die Bremsse des Wagens auf der abschüssigen Straße versagt, doch ist die Untersuchung noch nicht abgeschlossen.

Bei dem Zusammenstoß der beiden Straßenbahnen wurde der Vorderwagen eines Wagens vollständig eingedrückt. Durch den Aufprall wurden die schweren Wagen aus dem Gleis gehoben und die Personenzertürme zertrümmt, alle Fensterscheiben gingen in tausend Spitzer.

Die Verletzungen der Fahrgäste.

Die Fahrgäste des dicht besetzten Wagens wurden durch den Zusammenstoß überrascht und es entstand eine Panik. Sechs Passagiere erlitten durch die Scherben der zertrümmerten Scheiben Schnittwunden am Kopf und an den Händen und wurden in der nächsten Unfallstation verbunden. Sechs andere Fahrgäste aber blieben bewußtlos in dem Wagen und auf der Straße liegen. Durch Krankentransportwagen des Verbandes für erste Hilfe wurden sie nach dem Krankenhaus gebracht. Dort stellte sich heraus, daß zwei von ihnen sehr schwer verletzt sind, doch liegt eine Lebensgefahr nicht vor. Die anderen vier konnten nach der ärztlichen Untersuchung nach ihren Wohnungen transportiert werden.

Schweres Automobilunglück bei Hamburg.

In Langenhorn bei Elmshorn wurde der Gasarbeiter Paul Wismann, Vater von fünf Kindern, von einem aus Hamburg kommenden Automobil überfahren und getötet. Das Automobil wurde durch Anprall an einen Baum zertrümmt. Von den Insassen wurde der Holzhändler Wismann ebenfalls getötet, während sein Begleiter unverletzt blieb.

Noch ein schweres Automobilunglück.

Auf der Chaussee von Langenhorn achteten am Mittwochabend auf einer Fahrt von Hamburg die Insassen eines Autos, die Herren Heinrich Arens aus Elmshorn und der Soldat Gisemann aus Barmstedt unter ihr bei einem Zusammenstoß mit einem Radfahrer umgekipptes Auto. Beide waren sofort tot.

Sie das nicht tun, so werden wir allerdin's in dem vorliegenden Entwurf einen kleinen Fortschritt annehmen. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Bröber (kons.): In dem 30-jährigen Kampf gegen das Duell haben wir nur sehr geringe Fortschritte gemacht vor allem wegen des Duellzwanges beim Militär, der freilich nicht ein formaler, wohl aber ein tatsächlicher ist. In den Motiven zu dem allgemeinen Strafgeleichtbuch vor über 40 Jahren wurde gehaft, daß man mit den Bestimmungen über das Duell mit den Geboten der Gerechtigkeit nicht in einem schroffen Widerspruch treten dürfe, daß man aber andererseits den Bedürfnissen des Lebens wenigstens annähernd Genüge leisten müsse. In dieser Beziehung ist ein völklicher Wandel der Auffassungen eingetreten. Heute sieht das Haus auf dem Standpunkt, daß man den Fortbestand der Gerechtigkeit nicht Genüge zu leisten hat und daß ein Bedürfnis des Lebens noch dem Zwist am nicht anerkannt werden kann. (Auff. im kons.) Im Jahre 1902 haben wir vorgetragen, daß das Duell privilegierten Bestimmungen aufzuheben. Diesen grundsätzlichen Standpunkt halten wir auch heute noch fest. Über ein einstimmiger Beschluss des Reichstags hat bei dem großen, bei der Duellsuite unverwindlichen Widerständen einen sehr hohen Preis, und deshalb stimmen wir dem Kommissionsbeschluss zu. Es ist festzustellen, daß der Zwist am ein Verbrechen ist, das vielfach aus rechtmäßigen und gemäßigten Motiven entsteht, und daß er in diesen Fällen auch wie ein gemeinsches Verbrechen verurteilt werden muß. Um dieses Ziel zu erreichen, bringen wir das Opfer des vorläufigen Vergleiches auf unsere weitergehenden Wünsche. (Bravo! im Zentrum.)

Abg. Brodhausen (kons.): Das Duell ist eine seit Jahrhunderten eingebürgerte Sitte. Ausschreibungen im Duellwesen kommen vor, und denen will der Antrag der Kommission entgegentreten.

Nun fällt es schwer, ihm zuzustimmen.

Denn der Begriff „freventlich verschuldet“ ist recht unscharf. Trotzdem werden wir zustimmen, doch erwarten wir eine genaue Prüfung seitens der Regierung, damit nicht wieder Unstimmigkeiten entstehen wie bei der letzten Änderung des Militärstrafgeleichtbuchs anlässlich des Erfurter Falles. Wir betrachten also den Antrag der Kommission im wesentlichen als Material für die Regierung zur schnellen Verfüzung. Die Sozialdemokraten, die den Zwist am in jedem Fall als gewöhnliche Körperverletzung bestrafen wollten, vergessen das Duell ihres Vorgängers Laisalle, das unter den schwersten Bedingungen stattfand. (Sehr richtig! rechts.)

Abg. v. Gaffke (kons.): Der Antrag der Kommission trägt den Wandalen in den Ausschreibungen über das Duell Rechnung. Es war falsche Voraussetzung des heutigen Gesetzes, daß jeder, der zum Duell schreitet, ein Ehrenmann ist, und man ist ferngestellt, der Meinung, daß die Ehre eines Mannes durch unberechtigte Angriffe nicht geschädigt werden kann. Man verteidigt heute den Standpunkt, die Ehre, die uns gestohlen werden kann, die kann uns gestohlen werden. (Heiterkeit.)

Abg. Pisching (kons.): In den Ausschreibungen über das Duell ist allmählich eine Wandlung eingetreten, und den gegen früher geänderten Ausschreibungen will der Antrag der Kommission Geltung verschaffen. Der sozialdemokratische Antrag setzt an technischen Unvollkommenheiten, denn bei unglücklich verlaufenem Duell sowie bei der Herausforderung beim Duell, ohne daß es zum Zwist am kommt, kann doch von Körperverletzung keine Rede sein. Der Kommissionsantrag ist ein Schritt auf dem Wege zur vollständigen Beseitigung des Duells. (Bravo! bei der kons.)

Abg. Merittin (Ant.): Den sozialdemokratischen Antrag lehnen wir wegen seiner Mängel ab, dem Antrag der Kommission stimmen wir zu, aber nicht in dem Sinne, daß er von heute auf morgen Gesetz werden soll, sondern damit die Regierung die Frage ernsthaft prüft. (Bravo! rechts.)

Die Debatte schließt. In zweiter Beratung wird der Antrag der Kommission nach Ablehnung des Antrags Albrecht befehllos einstimmig angenommen.

Hierauf verzögert sich das Haus auf Freitag 12 Uhr. (Konkurrenzklause, Petitionen.)

Schluß 6½ Uhr.

Preußisches Abgeordnetenhaus.

58. Sitzung, Donnerstag, den 26. März,

vormittags 11 Uhr.

Am Ministerial: Dr. Lenze.

Dritte Beratung der Novelle zum Fürsorgeerziehungsgesetz.

Abg. Sieber (kons.): Schon jetzt werden die Fürsorgeerziehungssachen von den Gerichten in einem befriedigten Ver-

Wie man einen „gottlosen“ Veteranen begräbt.

Folgendes haarschäbige Vorkommen wird aus dem Orte Hagenbach (Pfalz) bekannt. Vor einigen Tagen wurde der Arbeiter-Scherrer, ein Veteran von 1870, auf der Straße von einem Schlaganfall betroffen, der zum alsbaligigen Tod führte. Da Scherrer es mit den religiösen Pflichten nicht sehr genau genommen hatte, verweigerte der Geistliche wie auch der Kriegerverein die Beteiligung an dem Begräbnis. Es durften nicht einmal die Gläser geöffnet werden. Aber noch mehr: Hagenbach hat keinen Totenwagen, und da nach dem Vorgehen des Rates sich niemand dazu hergab, den Veteranen zu spalten, mußte der alte Veteran, der übrigens ein braver, ehrlicher Mensch war und nicht einmal, was vermutet werden könnte, der Sozialdemokratie angehörte, auf einem Schiebkarren ohne Begleitung eines einzigen Menschen nach dem Friedhof gebracht werden.

So begräbt man einen Militärveteran aus jener großen Zeit, und keine Behörde rückt sich dagegen. Der Vollständigkeit halber muss noch erwähnt werden, daß der Verstand bei seinem Kultus steuert und auch die Beiträge für den Kriegsetat in stets bezahlt hat. Das Geld hat man von dem „Gottlosen“ genommen, die Menschenpflicht aber ihm gegenüber nicht erfüllt.

Ein Fuhrwerk vom Zuge erfaßt.

Am Mittwochabend wurde vor dem Bahnhof Hakenfelde (Provinz Brandenburg) der Wagen des Bäckermeisters Groß aus Beenz überfahren und zerstört. Die beiden Pferde wurden über 100 Meter mitgeschleift, eines geriet unter eine Lokomotive und ist völlig zermaulnt worden. Auf dem Wagen befand sich außer dem Bäckermeister der Viehhändler Schmelz aus Hakenfelde. Beide wurden in schwere Verletzungen im Zustande im Zug nach Beenz mitgenommen, wo sie in das Krankenhaus eingeliefert wurden. Der Bäckermeister erlitt bald seinen Verletzungen. Am Dienstagabend befindet sich ein Bahnübergang ohne Schranken.

Wieder Opfer haben nicht schon die schrankenlosen Bahnübergänge gefordert. Man sollte doch endlich diese unangenehme Konstruktion aufheben und für die Bahnübergänge Schranken schaffen.

Die wasserreiche heile Quelle Garovas. Dienstag abend in Freisingen bei Freising das neue Schrankenloch seiner

Schlesien und Bösen.

Über den „Städtag“ der Sozialdemokratie waren sich die konservativen Goldschreiber bis zu der Zeit einig, wo die ersten Resultate der roten Woche vorlagen. Bei Soltau wurde immer länger und die Proklamation über den „Städtag“ der Sozialdemokratie bestimmt immer mehr, je größer die Zahl unserer Kämpfer und Abonnenten wurde. Dieselbe Erfahrung mussten die Reaktionäre bei den Gemeindewahlen machen, auch hier ein unauslöschliches Vorwurfsdringen, wie nachstehende Resultate beweisen.

Goldschreiber, Kreis Brügge. Hier wurde mit 18 gegen 10 Stimmen Genosse Stappel gewählt. Die Wahl verlief sehr aufgeregt, weil der Wahlvorsteher unsere Konsensstimmen, die nicht gestempelt waren, für ungültig erklärte. Es gab eine heftige Auseinandersetzung zwischen Genossen Stappel und dem Konservativ-Vorsteher Braubach, wobei der letztere die Drohung gegen Stappel fallen ließ, daß es noch gelingen werde St. noch woanders zu lassen.

Steinendorf, Kreis Ohlau. Ohne Beteiligung der Gegner wurden in der dritten Abteilung die Genossen Schaar und Karl Becker gewählt. In der zweiten Abteilung brachten wir 7, die Gegner noch 14 Stimmen auf. Waren hier alle Arbeiter anwesend gewesen, dann wären auch hier die Gegner ohne Mandat nach Hause gegangen.

Pähedorf. In der dritten Abteilung wurde Hansbetscher Genosse Oswald Lachmann neu gewählt. Die Wahlbeteiligung konnte eine bessere sein; unser Kandidat wurde nur mit zwei Stimmen Mehrheit gewählt.

Brückendorf b. Natzl a. d. Neiße. Bei der am Dienstag hier stattfindenden Gemeindevertreterwahl der dritten Abteilung siegten unsere Genossen. Es stehen jetzt 3 wie 1 Genosse in der Gemeindevertretung.

Die schlesischen Schlachtungen im 4. Quartal 1913.

In der Lage des Fleischmarktes hat sich in den letzten Monaten in wesentlichen wenig geändert. Wenn die lebte Viehzählung auch eine kleine Veränderung des Kinderbestandes und eine erhebliche des Schwelbestandes gebracht hat, so ist doch das Konsumtionsbild, das sich aus der Schlachtvieh- und Fleischbeschaffung ergibt, immer noch das alte: auf der einen Seite Minder-, auf der anderen Mehrschlachtungen, im besten Falle aber immer kaum der starken Bevölkerung entsprechend. So wurden, verglichen mit dem 4. Quartal des Jahres 1912, im vorigen Jahre in Schlesien wohl 2200 Kühe und Bullen und 2700 Rinder mehr geschlachtet als 1912, aber andererseits wieder 1800 Kühe weniger 600 Junggründer weniger, 1800 Hammel weniger. Insgeamt hat also eine wesentliche Veränderung nicht stattgefunden.

Einzig bemerkenswert war der Zugang von 89000 Schweinschlachtungen, der gewiß etwas bedeuten will, aber auch nicht zu übersehen ist, weil die Zahlen aus 1912 an sich schon Minimalzahlen waren und leicht zu überbielen waren.

Ohlau, 27. März. Der widerhorstige Sergeant. Der Trompeter Sergeant Hiltor Müller vom hierigen Husarenregiment hatte angekündigt auf dem Hauptbahnhof in Brüssel der Aufforderung des Portiers und eines Schuhmanns, den Bahnhof zu verlassen, nicht Folge geleistet, sondern Fortsetzung sich widergesetzt und sich auf der Bade renntren benannt. Vor dem Kriegsgericht Breslau beantragte der Anklagevertreter drei Wochen Gefängnis. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Bisch, führte aus, aus seiner Erfahrung und Verteidigerpraxis habe er die Erwähnung, daß vielfach durch Unfälle in der Welt der Beamten aus sonst harmlosen Vorgängen unglaubliche Ergebnisse sich entwickeln. In diesem Falle habe auch ja nicht einmal die Eisenbahnverwaltung Strafantrag gestellt wegen Eisenbahndienstbruchs. Dieser Vorgang sei ja äußerst harmlos gegenüber dem, was z. B. oft Studenten in der Einzelheit machen. Das Kriegsgericht verurteilte den Tressenträger wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt zu fünf Tagen Gefängnis.

Wir unterschreiben jedes Wort, was der Verteidiger über die Beamten und über die Studenten-Erzelle sagte. Aber die Erfahrung lehrt doch, daß militärische Vorgesetzte in der Regel doch noch viel gimpflischer angefaßt werden, als wie ein ganz gewöhnlicher Arbeitnehmer. Infolgedessen muß es wohl der Sergeant ein bisschen sehr toll getrieben haben.

Bauan, 27. März. Französische Freunde den Legionenwerber in Schlesien. In den letzten Tagen wurden, wie das „Berliner Tageblatt“ meldet, hier eine große Anzahl von Militärschülern, die sich dort zur Stellung einanden, von Werbern der Fremdenlegion, die reichlich mit Geldmitteln verleitet waren, zum Eintritt in die Fremdenlegion angeworben. Die Werber begeisterten ihre Opfer reichlich und ließen sie dann, wenn der Alkohol seine Wirkung zeigte, die Werke unterschreiben. Ein Militärschüler namens Facler, der einen solchen Vertrag ebenfalls unterschrieben hatte, war schon auf der Reise nach Frankreich in Bauan eingetroffen. Dort gelang es ihm, seinen in Bremen wohnenden Bruder zu verländern, der sofort die Polizei benachrichtigte. Diese nahm den Werber fest, während Facler durch die Militärbehörde nach Glogau zur Stellung befördert wurde.

Hirschberg, 27. März. Verhaftung. Großes Aufsehen erregt die Donnerstag vormittag vorgenommene Verhaftung des Inhabers des Restaurants „Riesenfasslant“, May. Wie verlautet, ist die Verhaftung wegen des Verdachts des Wuchers, der Wunden fälschend und der Kuppelung erfolgt. May soll Leuten, die von ihm Darlehen erbat, von der Summe über die die Wechsel oder Schuldcheine ausgestellt wurden, ganz erhebliche Abzüge gemacht haben. Ferner soll May in seinem Lokal in sehr weitgehendem Maße dem Besitzer seiner Kellnerinnen mit den Gästen Vorwürfe geleistet haben. — Die „Riesenfasslant“ ist ein gut bürgerliches Lokal.

Großlitz, 27. März. Schäres Ausbildung. Mittwoch abend fuhr der Kaufmann Max Kolbe von hier in Begleitung des Fabrikbesitzers August Klinge aus Haldendorf mit seinem Auto nach Gelsenkirchen. Auf dem Heimwege fuhren sie über Löwen, zwischen Guhau und Thannau, ungefähr zwei Kilometer von der Stadt entfernt, vorbei Kolbe plötzlich die Gewalt über die Steuerung. Der Wagen fuhr von der linken Chausseeseite nach rechts und prallte an einen Chausseestein, wobei er sich überschlug. Während Kolbe zur Seite geschleudert wurde und bestimmtlos lag, blieb, geriet allerdings unter den Wagen. Als Kolbe das Pechstein wieder verlangte, holte er sich nach Guhau um Hilfe zu holen. Nun bemühte man sich Klinge unter dem Wagen herauszuziehen. Er war aber bereits tot. Wie festgestellt wurde, ist das Unglück durch einen Pneumatikbruch am linken Radversatz entstanden. Das Auto war seitensweise außer der gebrochenen Schubstange und dem zerstörten Sattel weiter nicht beschädigt.

Großlitz, 27. März. Der Kriegsgerichtsgericht. Hier, wo noch ein Bürgerrechtsschied erhoben wurde, was Genosse Schönfuss in die Bürgerlinie aufgenommen worden war, ob das ihm damals das Bürgerrecht abgelehnt worden war. Als nun vor einiger Zeit die Kommunalkommission bestätigt wurde, daß man Schönfuss aus der Linie und möchte nun die Befreiung, daß er auf das Bürgerrecht zugelassen werden kann. Schönfuss gegen die Bürgerrechtsschiedsgericht hat auf die Befreiung des Kämpfers das Urteil auf und entledigt darin, daß Sch. in die Wählerliste einzutragen sei. Das Urteil über die Erhebung des Bürgerrechtsschieds, zu dem am 18. Dezember 1898 ein Nachtrag ergangen ist, sei nebst dem Nachtrag ungültig, weil es gegen Grundlage des öffentlichen Rechts verstößt, was im schriftlichen Urteil noch nicht dargelegt werden sollte. Unter diesen Umständen müsse davon ausgegangen werden, daß überhaupt kein Urteil in Österreich in Grünberg vorhanden sei, wonach die Erhebung des Bürgerrechts von der Zahlung eines Bürgerrechtsgeldes abhängig wäre. Sch. müsse schon deshalb, da die sonstigen Voraussetzungen vorliegen, in die Linie aufgenommen werden. — Weg mit dem alten Kopf des Bürgerrechts, gelobt. Steuern verleihe man von allen zu nehmen, nichts dagegen will man noch besonders bezahlt haben.

Kriegsgericht, Kreis Brügge. Hier wurde mit 18 gegen 10 Stimmen Genosse Stappel gewählt. Die Wahl verlief sehr aufgeregt, weil der Wahlvorsteher unsere Konsensstimmen, die nicht gestempelt waren, für ungültig erklärte. Es gab eine heftige Auseinandersetzung zwischen Genossen Stappel und dem Konservativ-Vorsteher Braubach, wobei der letztere die Drohung gegen Stappel fallen ließ, daß es noch gelingen werde St. noch woanders zu lassen.

Steinendorf, Kreis Ohlau. Ohne Beteiligung der Gegner wurden in der dritten Abteilung die Genossen Schaar und Karl Becker gewählt. An der zweiten Abteilung brachten wir 7, die Gegner noch 14 Stimmen auf. Waren hier alle Arbeiter anwesend gewesen, dann wären auch hier die Gegner ohne Mandat nach Hause gegangen.

Pähedorf. In der dritten Abteilung wurde Hansbetscher Genosse Oswald Lachmann neu gewählt. Die Wahlbeteiligung konnte eine bessere sein; unser Kandidat wurde nur mit zwei Stimmen Mehrheit gewählt.

Brückendorf b. Natzl a. d. Neiße. Bei der am Dienstag hier stattfindenden Gemeindevertreterwahl der dritten Abteilung siegten unsere Genossen. Es stehen jetzt 3 wie 1 Genosse in der Gemeindevertretung.

Technik, 27. März. Mit Spiritus begossen und angezündet. Ein tragische Weise und Leben gekommen ist das 3½ Jahre alte Mädchen des Kutschera Johann Pospisch aus Gräben. Das Kind hatte eine größere Perle ins Nasenloch gesteckt. Die Mutter fuhr mit dem Mädchen zum Arzt, um die Perle herausziehen zu lassen. In dem Moment, als der Arzt die Perle herausbringt, macht das Mädchen den Mund auf und schreit. Die Perle fällt nicht zur Erde, sondern in den Mund, und geriet in die Lufttröhre, und zwar so tief, daß sie der Arzt nicht mehr entfernen kann. In wenigen Augenblicken halte die Mutter ihr Kind als Leiche im Arm, es war erstickt.

Waldburg, 27. März. Schlagende Wetter. Auf dem Tiebachschnitt der konsolidierten Fürstensteiner Gruben, die unmittelbar bei der Stadt liegen, wurden die Bergbaute Gotteswald und Wilhelm durch schlagende Wetter schwer verletzt. Sie mussten nach dem Knapsack-Lazarett überführt werden.

Wohlau, 27. März. Auf dem Zug gesprungene ist heute vormittag in der Nähe von Klein-Breslau ein junger Mann. Nachdem der Zug zum Stehen gebracht war, wurde der Schwerverletzte in einen Schuppen gebracht, wo er kurz darauf verstorben sein soll. Der Zug langte mit einer viertelstündigen Verstopfung in Breslau an.

Nieder-Gutsdorf, 26. März. Die Beweide vertreter vertrat er sich und hier keinen Erfolg. Gewählt wurde der bürgerliche Kandidat mit 16 gegen 12 Stimmen, die auf unseren Kandidaten Ulrich entfielen. Waren alle Arbeiterwähler an Stelle gewesen, dann hätte es niemals passieren können, daß der bürgerliche Kandidat gewählt wurde. Hoffentlich ziehen die Genossen daraus die Lehre, und machen nicht wieder den gleichen Fehler wie diesmal. In der zweiten Abteilung wurden für den sozialdemokratischen Kandidaten drei Stimmen abgegeben.

Guhrau, 26. März. Bei Fahrrad-Li... - Guhrau -

Krehlau scheint nun doch vielleicht nach unendlichen Berichtspunkten finanziell gesichert zu sein. Die Verhandlungen mit den beteiligten Kreisen sollen in allerdrückster Zeit zum Abschluß gelangen, sodass mit den Bauarbeiten voraussichtlich unlang nächsten Monats an mehreren Stellen der Bahnhstraße begonnen werden wird. Zum soundsovielen Male wird vom Kreisausschuss von dem diesjährigen Frühjahrsfeststellung der betreffenden Bahnlächen abzurufen. Offiziell ist diese Auflösung die letzte, denn die in Frage kommenden Anlieger dürften bereits mitreißig geworden sein. Einem Kreisverbanden Bodenkreis wird jedenfalls mit der neuen Verbindung abgeholt und zugleich Arbeit gelegenheit gegeben werden. Leider steht zu befürchten, daß man, wie bei anderen Gelegenheiten, wieder billige Arbeitskräfte aus dem Ausland importieren wird, die dann als Rohndräger gegenüber den einheimischen Arbeitern Verwendung finden.

Guhrau, 21. März. Wo bleiben die Arbeitssachen? Gest gestandt ist es ans Tagessicht gekommen, wo die vermauldeten Noten die sauer erarbeiteten Groschen der Genossen verdampfen. Einem Neumaltszug im Herrenstädtchen Missions-Nahbereich war es vorbehalten, das Häusel zu lösen. Und es wird unseren Lesern einen hellernen Augenblick gewähren, also zu vernehmen: „Die Sozialdemokratie heißt es im Bericht - hat 15.000 Agitatoren, die durchschnittlich 40000 Mark bekommen, das macht nach seiner Job des Berichtstellers oder des Referenten Rechnung ist nicht ersichtlich. D. B.) 2 Millionen Arbeitstage für die Agitatoren des Partei.“ Eigentlich sind 15.000 mal 4000 Mark gleich 60 Millionen, aber diesen kleinen Rechenfehler wollen wir gern verzeihen, denn auf so ein paar lumpige Millionen kommt es ja nicht an. Seid nun lämmen uns nur die Gläubiger, die solchen Übelsinn als wahre Botschaft verstanden müssen und es wird ein charakteristisches Merkmal auf die Gesellschaftsverfassung gewisser Kreise und ihrer Anhängerhaft, mit solchen Mitteln die gräßliche Partei Deutschlands aufzubekämpfen. Nebenher gedachte man aber auch der Kirchenausstattungsweg. Da aber dieses Kapitel für die Staken im Geiste nicht besonders rühmlich zu sein scheint, schwieg sich die Rote wohlweislich aus.

Aleghaus, 24. März. Kommunale. Am Haushaltungstag unserer Stadt für das Rechnungsjahr 1914 balancieren die Einnahmen und Ausgaben mit 603 200 M., gegen 584 700 M. im Vorjahr. Die einzelnen Staaten zeigen folgendes Bild: Die Kämmersafse balanziert bei einem Überschuss von 10 850 M. in Einnahme und Ausgabe mit 310 000 M. Der Vorstetat erzielt den anstöcklichen Überschuss von 27 900 M. Der Schulest, der einen Zuschuß von 68 851 M. erfordert, balanziert mit 78 000 M. Der Stadtbauhaus schließt ab in Einnahme und Ausgabe mit 4500 M. Der Armenestat mit 14 150 M. zeigt dasselbe Bild auf, wie im Vorjahr; er erfordert einen Zuschuß von 12 050 M. Der Stadtbauhaus schließt mit 11 860 M.; der von der Stadt zu leistende Aufschuß beträgt 1930 M. Der Friedhofsstat balanziert mit 52 0 M., der der Gedenkstätte schließt mit 168 700 M., der der Heereschule wird mit 29 800 M. angenommen. Der Schlachthofsstat zeigt in Einnahme und Ausgabe 17 950 M. Der Stadtbauhaus endlich zeigt mit 17 950 M. also ganze 50 M. mehr wie im Vorjahr. Die kommunalen Abgaben sind erforderlich einschließlich Kreis- und Provinzialabgaben 148 800 M., 6084 Mark mehr als im Jahre 1913. Zur Erhöhung gelangten 165 Prozent der staatlich verlangten Einnahmensteuer (im Vorjahr 170 Prozent), 185 Prozent der Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer (190 Prozent) und 190 Prozent der Bettlebsteuern, wie im Vorjahr. Hierin sind enthalten 58,8 Prozent Kreis- und Provinzialabgaben. Bei den Einnahmen- und den Ausgaben ist man also um 6 Prozent gegen das Vorjahr zurückgegangen. Immerhin ein erfreulicher Gedanke, daß man hauptsächlich darauf zurückzufallen ist, das man auch hier hofft, auf Grund des Generalspardons mehr herauszulagern.

Görlitz, 27. März. Der Kriegsgerichtsgericht. Hier, wo noch ein Bürgerrechtsschied erhoben wurde, was Genosse Schönfuss in die Bürgerlinie aufgenommen worden war, ob das ihm damals das Bürgerrecht abgelehnt worden war. Als nun vor einiger Zeit die Kommunalkommission bestätigt wurde, daß man Schönfuss aus der Linie und möchte nun die Befreiung, daß er auf das Bürgerrecht zugelassen werden kann. Schönfuss gegen die Bürgerrechtsschiedsgericht hat auf die Befreiung des Kämpfers das Urteil auf und entledigt darin, daß Sch. in die Wählerliste einzutragen sei. Das Urteil über die Erhebung des Bürgerrechtsschieds, zu dem am 18. Dezember 1898 ein Nachtrag ergangen ist, sei nebst dem Nachtrag ungültig, weil es gegen Grundlage des öffentlichen Rechts verstößt, was im schriftlichen Urteil noch nicht dargelegt werden sollte. Unter diesen Umständen müsse davon ausgegangen werden, daß überhaupt kein Urteil in Grünberg vorhanden sei, wonach die Erhebung des Bürgerrechts von der Zahlung eines Bürgerrechtsgeldes abhängig wäre. Sch. müsse schon deshalb, da die sonstigen Voraussetzungen vorliegen, in die Linie aufgenommen werden. — Weg mit dem alten Kopf des Bürgerrechts, gelobt. Steuern verleihe man von allen zu nehmen, nichts dagegen will man noch besonders bezahlt haben.

gebracht. Dort ist es kurze Zeit darauf seinen schweren Verlebungen erlegen.

Auch die Preußenregierung erforderte wieder einmal ein Leben. Dort wurde der Arbeiter Kublik aus Miechowitz von einschlägigen Kohlenmassen verschüttet. Der Verunglimpfte wurde als Leiche geborgen.

Posen, 27. März. Geldschränke. Nachdem erst in der vorletzten Nacht in der Grünauer Straße ein großes Einbruchsbüchsen gelungen ist, wodurch eine Geschäftsinhaberin erheblich beschädigt wurde, haben sich in der vergangenen Nacht schon wieder Einbrecher in der Unterstadt befreit gemacht, die ebenfalls vom Glück begünstigt gewesen sind. Mittels Nachschlüssels und Dietrichs verschafften sich dreimal die Verbrecher von der Straße aus Eingang in die Verkaufsräume der Firma J. N. Leitgeber, Wasserstraße 14, wo sie nach allen Regeln der Kunst an einem Geldschränke die Schlosser herausgeschmolzen und 2000 Mark erbeuteten.

Wolstein, 27. März. Der leidige Mammon. In Krebsel hat sich der Eigentümer Tomat aus Gram darüber, daß seine beiden Kinder wegen des väterlichen Erbes fortwährend in Streit lagen, erkannt. Den Tod des Vaters nahm sich die Tochter, die Arbeiterfrau Kollarli, so zu Herzen, daß sie sich im Oberkanal ertrankte.

Kollarli in Posen, 27. März. Frauenzusammenkunft. Am Dienstag, den 31. d. Ms., kommen die Genossinnen zu einem Vortragsabend, in dem Genosse Hartwig sprechen wird, zusammen.

Bromberg, 27. März. Ein Zusammenstoß zwischen Autos und Straßenbahn ereignete sich hier Sonnabend nachmittag zwischen 3 und 4 Uhr an der Ecke Feld- und Berlinerstraße. Eine aus der Feldstraße kommende Kraftwagen wollte beim Einbiegen in die Berlinerstraße ein Fußgänger überholen und fuhr dabei gegen ein aus entgegengesetzter Richtung kommenden Straßenbahnwagen. Der Bordsteinkante wurde dadurch beschädigt, daß sie ihre Fahrt nicht fortsetzen konnte. Personen sind zum Glück nicht zu Schaden gekommen.

Ein Postkasten wurde hier Mittwoch nachmittag gegen 6 Uhr dadurch verletzt, daß sich auf dem Hauptpostamt ein Mann zwei Wertpäckchen, enthaltend 12 goldene und 180 silberne bzw.nickel-Perlen- und Damenuhren ausköndigen ließ. Die vorgezeigte Legitimation war gefälscht.

Briefkasten.

Sprechstunden der Redaktion: Wochentags von 12-1 Uhr mittags. Schriftliche Auskunft wird nur ausnahmsweise erteilt.

N. Cretiusstraße. Wir haben darüber schon am Mittwoch berichtet. Beste Dank.

N. Cretiusstraße. Da Ihr Sohn als Lehrling bei Ihnen nur Hof und Wohnung hat, sind keine Marken zu leben. Eine Beschäftigung, für die als Einigkeit nur freier Unterhalt gewährt wird, ist nach § 127 der Reichsversicherungsordnung verboten. Sie sind also nicht verpflichtet, Ihrem Sohn die Karte zu besorgen.

M. Ottosstraße. In der Klosterstraße bestand noch kein Lager des Konsum- und Sparvereins „Vorwärts“.

H. Für das Fleisergewerbe bestehen keine besondere gesetzliche Vorschriften über die tägliche Arbeitzeit; Sonntag nachmittag um 2 Uhr müssen aber die Lehrlinge und Gehilfen die Arbeit beenden haben. Im übrigen ist die Arbeitzeit selber nicht gesetzlich geregelt.

M. Goldberg. Unsagen ohne genaue Namensunterchrift und Wohnungsausgabe beantworten wir nicht.

Steinendorf. Nach § 68 der Landgemeindeordnung müssen Vater und Sohn nicht zugleich Gemeindevertreter des selben Gemeinde seien. Nur jedoch der Sohn vor dem Vater in die Gemeindevertreterung gewählt, so ist nach § 127 der Reichsversicherungsordnung verboten. Der Sohn braucht also in diesem Falle nicht zurücktreten, da gegen wäre eine Wahl des Vaters ungültig.

H. Peterswalde. Bei Selbstversicherung, also in den Fällen, in denen und nicht gelegentlich zum Marktleben verpflichtet ist, müssen 500 Mark gelebt sein, wenn der Anteil auf Invalidenrente gestellt wird.

H. Brügge. Dieser Abzug ist ungültig. Hat der Schulherr Widerruf gegen den Zahlungsbefehl erhoben, so beantragen Sie, daß vor dem Amtsgericht mündlich verhandelt und der Vertrag verurteilt wird.

Wer seine Zeitung pünktlich haben will,

muss eines in erster Linie beachten: Die genaue Angabe seiner Wohnung! Wer nun am 1. April verzichtet, mit gut daran, folgenden Schein genau auszufüllen und der Zeitungsfrau mitzugeben:

Bisherige Wohnung

Wo wohnen Sie nach dem 1. April?

</div

Eine Qualitätsmarke
ersten Ranges! Allbewährt,
überall beliebt und unübertroffen!

Henkel's Bleich-Soda

Henkel & Co. Düsseldorf.

Man schreibt ausdrücklich auf den
Namen Henkel und weise
minderwertige Nachahmungen
zurück!

Wegen Abbruch des Hauses Für 287 Mk.

16068 und Verlegung des Geschäfts nach
Kupferschmiedestrasse 44
grosser Räumungs-Verkauf
in Herren- und Damen-Garderoben, sowie sämtlicher
Gewerbebekleidung zu wottbilligen Preisen.

A. Schacher, jetzt noch: Kupferschmiedestr. 57.

Uhren, Ketten, Ringe,
Broschen, Ohrringe etc. 16067
nur gutes Material zu billigen Preisen.

Max Frenzel, 39 Friedrich-Wilhelmstr. 39

Paul Kasowsky, Hutmacher.
Mehlgasse 39/40. 16066
Filzhüte, Zylinderhüte, Filzwaren, Mützen
in bekannter Qualität zu billigen Preisen.

Günther & Otto
Rohtabakhandlung
Breslau, Reuschestrasse 51
(Niepolddpassage). 16772

Erscheint dreimal wöchentlich.

Provinz-Bezugsquellen-Verzeichnis.

Den Lesern bei Einfügen empfohlen.

komplette Einrichtung, bestehend aus Wohn-
zimmer, Schlafzimmer und moberner Küche,
biege Eint. Büche, Tische, Stühle, 410 Mk., Fliesen-
Dienst 42 Mk., Schrank 26 Mk., Bettdecke
38 Mk., Spiegel, geißl. 10 Mk., Hochstuhl
38,50 Mk., etc. Schlafz. Sofas mit Umbau,
Schränke, Wandschrank 12,50 Mk., etc. etc. liefern
wirklich reell und billig

Siegfried Brieger

Kupferschmiedestr. 24.
Gegr. 1859. — Tel. 9177.
Zahlung nach Vereinbarung!

Fahrräder



Viktoria • Mars • Stabil

auch auf Teilzahlung.
Ratenzahlung von Mk. 20.— an.
Sämtliche Reparaturen und Werkstätte
Winkel, Schläuche, Laternen usw.

zu konkurrenzlosen Preisen

Zu geringeren Reparaturen erst. Teilzahlung.

Gebrauchte Räder
v. Mk. 15.— an stets am Lager.

Fritz Killmann,
Gräbschenerstraße 29.
Telefon 4084.

veranstaltet die Firma Kaufhaus für Herren-Garderoben
G. m. b. H. mit ihren 8 täglichen billigen Anzug-Ver-
käufen. Es bietet sich Jedermann eine nie wieder-
kehrende Gelegenheit. Zum Aussuchen, hoch-
elegante, moderne Anzüge I und II reihig, bedeutend
unter Preis. Serie I Stück für Stück 15.— Mk.
Serie II Stück für Stück 25.— Mk.

Beginn: 31. März!

Neue Schweidnitzerstr. 6

Hansa-Haus
a. d. Gartenstr.

16282

16282

16282

16282

16282

16282

16282

16282

16282

16282

16282

16282

16282

16282

16282

16282

16282

16282

16282

16282

16282

16282

16282

16282

16282

16282

16282

16282

16282

16282

16282

16282

16282

16282

16282

16282

16282

16282

16282

16282

16282

16282

16282

16282

16282

16282

16282

16282

16282

16282

16282

16282

16282

16282

16282

16282

16282

16282

16282

16282

16282

16282

16282

16282

16282

16282

16282

16282

16282

16282

16282

16282

16282

16282

16282

16282

16282

16282

16282

16282

16282

16282

16282

16282

16282

16282

16282

16282

16282

16282

16282

16282

16282

16282

16282

16282

16282

16282

16282

16282

16282

16282

16282

16282

16282

16282

16282

16282

16282

16282

16282

16282

16282

16282

16282

16282

16282

16282

16282

16282

16282

16282

16282

16282

16282

16282

16282

16282

16282

16282

16282

16282

16282

16282

16282

16282

16282

16282

16282

16282

16282

16282

16282

16282

16282

16282